



# **Die Frage nach dem „C“**

**Politik und Kirche  
zu Beginn des  
21. Jahrhunderts**

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Die Frage nach dem „C“

Politik und Kirche  
zu Beginn des  
21. Jahrhunderts

## Wir über uns

Ziel und Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) ist es, die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Konfessionen in der CDU/CSU zu fördern, evangelische Bürgerinnen und Bürger für die Ziele der CDU/CSU zu gewinnen, die evangelischen Mitglieder der CDU/CSU zu aktivieren und die Verbindung zu den evangelischen Kirchen weiter auszubauen sowie die evangelischen Belange innerhalb der CDU/CSU zu vertreten. Der EAK ist auch ein Forum für die Menschen, die der CDU/CSU nicht angehören, sich aber trotzdem im Evangelischen Arbeitskreis engagieren wollen, weil sie erkennen, dass das evangelische Element für die Politik in Deutschland notwendig ist. Bürgerinnen und Bürger, die keiner Partei angehören sind herzlich willkommen, sich im EAK zu engagieren.

Der EAK möchte die Besinnung auf die Fundamente evangelischer Verantwortung und die verbindliche Orientierung am Gesamtzeugnis der Heiligen Schrift immer wieder neu vermitteln und stärken.

Unsere immer kompliziertere Welt mit ihren globalen Herausforderungen, der wirtschaftliche Fortschritt und neue wissenschaftliche Erkenntnisse stellen an die ethische Fundierung politischer Entscheidungen immer höhere Anforderungen. Darum ist es wichtiger denn je, für den aktiven politischen Einsatz evangelische Christen zu gewinnen, die sich in Beruf und Gesellschaft qualifiziert und bewährt haben und die ihr Leben und Handeln an christlichen Maßstäben ausrichten wollen. Auch darum bemüht sich der EAK der CDU/CSU.

Der EAK versteht den Menschen als Ebenbild Gottes und orientiert sich am christlichen Menschenbild. Darum will er zum rechten Gebrauch der Freiheit in Verantwortung und Bindung aufrufen und anleiten und sich für die Stärkung der Menschenrechte und der Menschenwürde einsetzen. Der EAK bemüht sich, das Verständnis dafür in der Gesellschaft zu verstärken.

Der EAK ruft zu einem gesellschaftlichen Konsens auf, der die wichtigen Güter unseres Zusammenlebens, wie Leben, Gesundheit, Ehe, Eigentum, persönliche Ehre und Wahrhaftigkeit schützt. In Entsprechung und Gesetzgebung, in Familie und Schule und in allen gesellschaftlichen Gruppen muss dieser bewährte Kanon als Regel und Richtschnur beachtet und weitergegeben werden. Besonders der gesetzliche Schutz der Ehe muss seinen herausgehobenen Stellenwert behalten. Der EAK ist offen für neue Entwicklungen und Herausforderungen. Diese gilt es unter dem „C“ auch im neuen Jahrtausend zu begleiten und anzugehen.

## Inhaltsverzeichnis

---

Vorwort	5
Gemeinsam den Wertekonsens festigen Jochen Borchert	7
Eine Stellungnahme zum „C“ in der CDU Jochen Borchert	11
Zum politischen Auftrag der Christen Hermann Gröhe	21
Das „C“ im Namen unserer Partei Dieter Hackler	33
Demokratie und Christentum – die Notwendigkeit einer Aufklärung Dr. Fritz Hähle	39
Kirche zwischen Auftrag und Beliebigkeit Christine Lieberknecht	49
Zum Erscheinungsbild der Kirche – Wie stehen die Parteien zur Kirche? Dr. Ulrich Mann	57
Zur Geschichte der CDU – Wertmaßstäbe des Christentums in der Politik? Albrecht Martin	63
Christsein im 21. Jahrhundert Karin Wolff	69
Evangelische Christen in der Verantwortung Dr. Ingo Friedrich	77
Politische Verantwortung aus dem christlichen Glauben heraus Erich Schneider	85
Unsere Autoren	93
Kontaktaufnahme zur Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU	95



## Vorwort

Die Auseinandersetzung mit dem 'C' hat für die Union Tradition. Schon 1953, vor dem 4. Parteitag der CDU in Hamburg, hat Hermann Ehlers, der Gründer des Evangelischen Arbeitskreises, nach meinem Eindruck überzeugend und bleibend gültig beschrieben, was unter einer Politik, die das 'C' ernstnimmt, zu verstehen ist:

*„Uns ist die christliche Grundlage überhaupt nicht irgendeine Firmierung, sondern eine konkrete Weisung für die tagespolitische Entscheidung. Nicht so, dass wir meinten, wir könnten die Bibel als ein politisches Rezeptbuch benutzen, aber doch so, dass wir in jeder einzelnen Frage versuchen, uns an dem Wort und Gebot Gottes zu orientieren. Wenn man es versucht, merkt man, dass das in viel zahlreicheren Fällen möglich und nötig ist, als man gemeinhin annimmt.“*

Aber *auch* heute noch begegnen uns Missverständnisse bis hin zu dem Vorwurf eines pharisäischen Ausschließlichkeitsanspruch. Eins ist sicher richtig: die Orientierung am christlichen Verständnis vom Menschen bedeutet eine permanente Herausforderung für die Gestaltung unserer Politik.

Wir haben in dieser Broschüre Beiträge aus dem Evangelischen Arbeitskreis zusammengestellt, die versuchen, Antwort zu geben auf die Frage nach dem 'C'.

Ich hoffe, dass Ihnen diese Texte in der alltäglichen politischen Auseinandersetzung eine Hilfe sind.



**Jochen Borchert, MdB**

Bundvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



## **Gemeinsam den Wertekonsens festigen**

### **Jochen Borchert**

---

#### **1. Unsere Aufgabe die Zukunft**

Niemand kann die Zukunft vorhersehen. Im einzelnen können wir auch nicht abschätzen, wie unsere Welt in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren aussehen wird. Doch wissen wir, dass sich viel verändern wird. Viele Menschen sind darum beunruhigt, manche haben Angst. Angst vor dem Unbekannten, vor Veränderungen, vor geistiger und materieller Verarmung.

Die Politik muss diese Ängste ernstnehmen und auf sie reagieren. Dabei wäre es falsch, mit Verdrängungsmechanismen nach dem Prinzip „Es wird schon nicht so schlimm werden“ oder mit kritikloser Zukunftsgläubigkeit die Menschen beruhigen zu wollen. Einfach wird der Schritt ins nächste Jahrtausend gewiss nicht, und einfache Lösungen gibt es nur für die wenigsten politischen Bereiche. Dafür ist die Welt zu komplex, die Globalisierung zu umfassend und der mit ihr verbundene Anpassungsdruck zu stark.

Auf manches, was wir lieb gewonnen haben, werden wir verzichten müssen. Aber viel Neues werden wir gewinnen können. Unser Arbeitsleben wird abwechslungsreicher, unsere Berufe anspruchsvoller, Bildung und Weiterbildung werden unseren Lebensalltag begleiten, Familien- und Berufsleben werden sich besser miteinander verbinden lassen, das Leben im Alter wird immer stärker zu einer eigenständigen Lebensphase mit mehr Selbstverantwortung.

## **2. Das christliche Verständnis von Menschen**

Unser Zusammenleben wird individueller. Ob es solidarisch bleibt oder aber sich zu einem Nebeneinander egoistischer Konsumenten entwickelt, ist die entscheidende Frage, vor der unsere Gesellschaft schon jetzt steht. Wir müssen alles dafür tun, dass sich unsere Gesellschaft nicht spaltet in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose, in überforderte Rentenbeitragszahler und unzufriedene Rentempfänger, in kinderreiche Familien und kinderlose Partnerschaften, in Umweltverbraucher von heute und Erben der Umweltverschmutzung von morgen.

Die Politik muss sich davor hüten, Gegensätze aufzubauen, wo keine sind, und sie muss Spannungen abbauen, wo unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen.

Sozialer Ausgleich und innerer Friede sind nur zu erreichen und zu bewahren, wenn wir uns auch bei politischen Entscheidungen immer wieder an den Wertekonsens erinnern, der unserer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft zugrunde liegt und der für mich geprägt ist durch das christliche Verständnis vom Menschen. Toleranz, Achtung der Menschenwürde und Nächstenliebe bleiben auch für eine zunehmend säkularisierte Gesellschaft unverzichtbar. Ohne diese Werte würde die Freiheit, die wir genießen, schrankenlos; nur mit diesen Werten ist unsere Gesellschaft zur Solidarität fähig.

Doch die Politik kann den Wertekonsens nicht alleine festigen. Wir sind auf die Unterstützung durch die entsprechenden Institutionen angewiesen.

### **3. Wir unterstützen die Kirchen**

Die CDU will die Kirchen weiter in ihrer Arbeit unterstützen, Orientierung zu stiften und Glaubensheimat zu bieten. Daraus ergeben sich für uns konkrete politische Feststellungen:

- a) Wir halten am System der Kirchensteuer fest. Das ist für die CDU – im Unterschied zu anderen Parteien – ein unverrückbarer Programmpunkt. Die Kirchensteuer ist die entscheidende materielle Grundlage der Kirchen, eine stetige, umfangreiche und vom Staat unabhängige Arbeit zu leisten.
  
- b) Wir befürworten den Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach in allen Bundesländern. Das ist Verfassungspflicht, und das ist aus der notwendigen Selbstbeschränkung staatlichen Handelns heraus geboten. Übernimmt der Staat die Werteerziehung allein, kann niemand die Indoktrination einer bestimmten politischen Richtung ausschließen. In der Schule sollten, wie Bischof Wolfgang Huber es formuliert hat, die Positionen einer „Ethik ohne Religion“ und einer „Ethik aus Religion“ gleichberechtigt zur Geltung kommen. Die Schüler sollten Religion nicht nur „bekenntnisfrei“ von außen, sondern auch in ihrem Selbstverständnis, also von innen, kennenlernen können.

c) Wir treten dafür ein, dass der rechtliche und gesellschaftliche Status der beiden großen Kirchen in Deutschland als öffentliche Körperschaften unverändert – das heißt: ungeschmälert – erhalten bleibt. Kirchliche Ordnung und kirchliche Ämter müssen von staatlichem Einfluss grundsätzlich frei sein. Die Möglichkeiten der Kirchen, in unserem Land zu wirken und die Lebenswirklichkeit mitzugestalten, dürfen keinesfalls beschnitten werden. Das betrifft nicht nur die gemeinsamen Angelegenheiten wie die Theologischen Fakultäten, die Militärseelsorge oder das Friedhofsrecht. Das meint vor allem auch die nicht-formelle Mitwirkung bei Gesetzesvorhaben oder der staatlichen Personalpolitik und die institutionelle Mitarbeit in den Rundfunkräten, bei der Sozialhilfe und der Jugendhilfe.

Eine Kirche im Abseits wäre fatal für unser Gemeinwesen; ihre Stimme wäre kaum mehr zu vernehmen, ihr Einfluss auf das Denken und Fühlen der Menschen ginge zurück. Auch die Politik hat dafür Sorge zu tragen, dass eine solche Entwicklung nicht eintritt.

## **Eine Stellungnahme zum „C“ in der CDU**

**Jochen Borchert**

---

Überkommen und unzeitgemäß? Oder eine ungerechtfertigte Anmaßung? Der kleine, aber feine Unterschied? Oder eine andauernde Selbstverpflichtung, die kaum eingelöst werden kann?

Immer wieder gibt es Versuche, die Christlich Demokratische Union in Deutschland unter Rechtfertigungszwang zu setzen, wenn es darum geht, ihren Parteinamen zu begründen. Dies liegt weniger an den Buchstaben, die das Demokratische betonen bzw. die Union in den Vordergrund stellen, vielmehr findet sich die Ursache in dem ersten der drei Buchstaben CDU, im „C“.

Das „C“ in unserem Parteinamen abzulegen, um einerseits den Namen des Christlichen nicht in Misskredit zu bringen und andererseits wieder politisch mehrheitsfähig zu werden, wird von einigen Zeitgenossen laut gefordert. Die Spanne derer, die sich aktuell dafür aussprechen, reicht von dem Historiker Prof. Michael Wolfssohn von der Bundeswehruniversität in München bis hin zu dem Kölner Kardinal Meisner. Diese Kritiker unseres Parteinamens verkennen aber Wesentliches.

Die CDU ist keine Partei, die die Lehre Christi maßstabsgetreu in Politik umzusetzen vorgibt. Die reine christliche Lehre kann in ein demokratisches Staatswesen nicht übertragen werden, zu sehr lebt

die Politik vom Kompromiss. Aber die Orientierung unserer Politik ist auf Christus hin angelegt. Die CDU ist nicht der verlängerte Arm der Kirchen in Deutschland. Aber wir bemühen uns um Nähe und Betonung des Gemeinsamen. Der Dialog mit den Kirchen liegt uns am Herzen. Zudem ist die Politik unter dem „C“ nicht auf Menschen beschränkt, die sich als Christen bekennen, aber sie verbindet vor allem Christen im ökumenischen Sinn. Die CDU erreicht auch nicht kirchlich gebundene Staatsbürger – wie die Wahlen in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung beweisen. Und dennoch bestimmt das christliche Denken das Reden und Handeln der CDU.

Schon die Gründungsväter der CDU wussten, dass, wenn sie eine Partei mit dem Namen des Christlichen verbinden, es qualitativ etwas anderes ist, als sich „sozial“ oder „liberal“ zu nennen. Und unter dem Eindruck des überwundenen Dritten Reiches, war das Christentum der Rettungsanker, auf den man sich auf dem Weg in eine ungewisse Zukunft verlassen konnte. Dieser Anker, der der CDU und ihren Visionen seit 50 Jahren eine feste Bodenhaftung verliehen hat, ist auch noch heute unverzichtbar. Denn die nach dem Krieg geschenkte Demokratie im Westen und seit über 10 Jahren auch im Osten muss ihre Vitalität immer wieder neu an den Fragen und Erscheinungen der Zeit messen lassen. Dies zeigt auch die Debatte um rechtsextreme Gewalttaten.

Wenn eine Partei sich auf Jesus Christus beruft, dann muss sie auch bereit sein, strengere Maßstäbe an sich und ihre Glaubwür-

digkeit anzulegen als Parteien, die sich auf August Bebel, Ferdinand Lasalle, Franz Duncker oder Karl Marx berufen.

Dieser strengere Maßstab, der sich im Parteinamen widerspiegelt, wird auch von außen von der Gesellschaft an Reden und Handeln der Union angelegt. Die CDU hat dies in der Spendenaffäre gerade schmerzlich durchlebt. Jetzt wird in der CDU wieder viel intensiver über das „C“ gesprochen. Das ist gut so, denn viel zu lange wurde es als selbstverständlich vorausgesetzt, ohne daraus neue Impulse für politische Ziele zu bekommen. Dies aber ist jetzt der Fall.

Und indem ich die Verfehlungen der letzten Zeit angesprochen habe, befinden wir uns schon inmitten eines wesentlichen Punktes unseres Parteiprogramms, das durch den Verweis auf das christliche Menschenbild den Rahmen absteckt, in dem die CDU politisches Handeln als möglich und nötig erkennt. Unser Parteiprogramm rekurriert auf eine tiefe Einsicht des Christentums. Ich spreche vom Menschen als Ebenbild Gottes, vom Menschen als von Gott erschaffene Person. Was heißt das für mich als Politiker der Union?

Nach christlichem Glauben gilt allen Menschen in ihrer Unvollkommenheit und Verstrickung in Schuld das Vergebungsangebot Gottes in der Erlösungstat Jesu Christi am Kreuz. Christen glauben an einen Gott, der in der Geschichte handelt und der sein Heilswerk am Ende der Zeit vollenden wird. Es wird nicht durch den fehlbaren Menschen, den fehlbaren Politiker vollendet. Diese Einsicht schützt vor einer Hybris des Politischen, sie schützt vor politischen Heilsleh-

ren, vor der selbtherrlichen Auffassung, durch Politik könnte man alle Probleme lösen. Dieses christliche Menschenbild hilft, die Suche nach dem Himmel auf Erden zu vermeiden, die seit jeher – wie Karl Popper trefflich notiert hat – nur stets Hölle produziert hat.

Selbst der Gottesbezug bei Vereidigungen „so wahr mir Gott helfe“ spiegelt diese Einsicht wider. Eine Einsicht, über die allerdings manche hinwegsehen, noch schlimmer hinweggehen. Die Gefahr der Selbstüberschätzung gerade in der Politik ist latent.

Das „C“ in unserem Namen schützt uns also nicht vor Verfehlungen, aber es ist uns Maßstab für unser politisches Handeln, das wir in Verantwortung vor Gott und den Menschen leisten müssen. Es war eben dieser christliche Anspruch an das politische Handeln, der mich veranlasst hat, als evangelischer Christ in diese Partei einzutreten und in ihr Verantwortung zu tragen.

Das christliche Menschenbild erkennt den Menschen als einen, dessen Würde unantastbar ist, es betont seine Freiheit, seine Gleichheit aber auch seine Verantwortung. Aus dem Bild des Menschen als freie und verantwortliche Person schöpfen wir unsere politischen Grundentscheidungen. Diese Zielorientierung stellt den Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik – und nicht den Staat oder die Gesellschaft. Die Politik der CDU ist auch nicht nur für Menschen, sondern sie ist Politik mit Menschen.

Die Unverfügbarkeit des Menschen und zugleich die Unvollkommenheit seiner Werke, das sind die Eckpfeiler, an denen sich eine Politik orientieren muss, die sich auf das Christliche, auf das „C“ beruft. Daraus ergeben sich konsequenterweise die Begriffe, die für das Zusammenleben einer Gesellschaft vonnöten sind: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Aus diesem Grund treten wir für die Soziale Marktwirtschaft, die Leistung und Eigeninitiative mit dem sozialen Ausgleich verbindet, für eine gerechte Familienpolitik, eine ausgewogene Ausländerpolitik und eine aktive Arbeitsmarktpolitik ein, die weder den Schwachen noch den Leistungsfähigen aus dem Auge verliert. Nun kann man einwenden: Bedarf es hierfür des christlichen Menschenbildes, des christlichen Glaubens an Gott, den Schöpfer?

Ich meine ja, denn wie sähen die Antworten auf die folgenden politischen Fragestellungen aus, wenn wir uns nicht an das christliche Menschenbild hielten. Humanes Sterben ohne christliches Menschenbild? Hilfen für Behinderte und Pflegebedürftige ohne christliches Menschenbild? Soziale und personale Menschenrechte ohne christliches Menschenbild? Hilfen für die Dritte Welt ohne christliches Menschenbild? Verantwortlicher Umgang mit der Gentechnologie ohne christliches Menschenbild? Nein, er bewahrt uns vor der Gefahr verantwortungslosen Handelns. Das „C“ wird also konkret sichtbar im politischen Diskurs innerhalb der CDU und in dem von ihr mitbestimmten gesellschaftlichen Dialog. Aktuell gibt es mindestens zwei Punkte, die ich hervorheben möchte:

Der Bezug auf unseren christlichen Glauben ist in der Frage der Gentechnologie, die uns vor ungeahnte Möglichkeiten, aber ebenso enorme ethische Herausforderungen stellt, notwendig. Der Mensch gerät zusehends in die Lage, die Welt nach seinem eigenen Bild zu gestalten. Vor diesem Zugriff ist der Mensch selbst nicht geschützt. Mit unserer Fähigkeit, die kleinsten Bausteine des Lebens, die Erb-informationen, die Gene, zu entschlüsseln und sogar in ihren Code einzugreifen, kommen wir in eine bisher nicht zu denkende Region menschlichen Forschens. Als Schreckensvision an der Spitze der Unheilsskala steht der vervielfältigte Einheitsmensch, nach unserer Vorstellung von Leistung und Funktion sortiert. Es wird vieles machbar sein, was letztlich nicht durchgeführt werden darf, damit die Würde auch schwachen und kranken Lebens weiterhin geschützt bleibt.

In diesen Fragen muss die CDU zu einer klärenden Ortsbestimmung beitragen. Dies wird ihr möglich sein, weil sie sich auf ein verbindliches Menschenbild festgelegt hat und nicht auf eine Vielzahl von Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, wie es bei anderen Parteien der Fall ist. Hier liegt ein eindeutiger Unterschied zwischen der CDU und den anderen Parteien.

Es werden ethische Grenzen zu bestimmen sein, die der Würde des Menschen auch in Zukunft entsprechen. Diese Würde richtet sich eben nicht nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen für die Gesellschaft, sondern allein daran, dass jeder Mensch ein von Gott ge-

schaffenes Wesen ist und insofern auf das für alle geltende Recht von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Anspruch hat.

Forschern, wie dem Nobelpreisträger Jim Watson, ist daher zu widersprechen, wenn er aus einem bekennenden Atheismus heraus die Unantastbarkeit des Lebens in Frage stellt.

### **Die Würde des Menschen ist unantastbar!**

Dieses christliche Fundament bestimmt auch unsere Verfassung. Und deshalb ist es wichtig, auch für andere Fragen diese Maxime zu bedenken.

Auch bei meinem zweiten Beispiel, den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, gehen unsere Diskussionsbeiträge von einer christlichen Grundlage aus. Wir sprechen uns gegen eine Ehe von Homosexuellen aus, die, wie beabsichtigt, vor einem Standesbeamten geschlossen werden soll. Trotzdem sind wir eindeutig für gesetzliche Regelungen, die es homosexuellen Paaren erleichtern, in dieser Gesellschaft sich als Gleichberechtigte zu erkennen.

Und doch betonen wir, dass die Ehe und die Familie die Keimzelle jeder staatlichen Gemeinschaft sind. Die auf Kontinuität gemeinsamen Lebens angelegte Ehe ist die beste Grundlage dafür, dass Mann und Frau partnerschaftlich füreinander und als Mutter und Vater für ihre Kinder Verantwortung übernehmen.

Diese Einsichten ergeben sich aus dem christlichen Leitbild der Ehe wie sie für unsere Gesellschaft prägend war und ist. Die Schöpfungsordnung Gottes hat eine lebensfähige Gesellschaftsform hervorgebracht. Diese gilt es gerade unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu bewahren, denn für das Miteinander der Menschen und den Bestand des Gemeinwesens ist es von lebensbejahender Bedeutung, dass Kinder geboren werden und in stabilen Beziehungen aufwachsen, die in Verantwortung voreinander in geschlechterverbindenden Ehen geführt werden.

Ehe und Familie stehen darum unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Als wertentscheidende Grundsatznorm verpflichtet Artikel 6 des Grundgesetzes den Staat, Ehe und Familie zu schützen und zu fördern. Die Ehe genießt damit einen besonderen Schutz, der dem liberalen Freiheitsrecht und erst recht einem missverstandenen Gleichheitsrecht vorgeordnet ist.

Der im christlichen Menschenbild angelegte Gleichheitsgrundsatz gebietet, dasjenige – aber nur dasjenige – gleich zu behandeln, was wesentlich gleich ist. Er gebietet keine schematische Gleichmachelei von allem und jedem ohne Rücksicht auf wesentliche Unterschiede. Gleichbehandlung bedeutet also, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Dies hat zur Folge, dass wir uns gegen eine Gleichstellung homosexueller Paare mit der Ehe entschieden haben.

Unsere christliche Verantwortung homosexuellen Menschen gegenüber gebietet es aber, dass wir an einigen wesentlichen Punkten Reformen einleiten, die die rechtliche und gesellschaftliche Stellung homosexueller Paare verbessern.

Diese Beispiele zeigen, wie intensiv in der Union politische Entscheidungen auf der Grundlage des christlichen Verständnisses vom Menschen diskutiert werden.

Dabei gibt es in keiner anderen Partei einen Arbeitskreis wie den EAK, der nunmehr seit fast 50 Jahren christliches, evangelisches Nachdenken über den Glauben für die Politik fruchtbar machen möchte.

Das „C“ ist also im Leben unserer Partei an vielen Punkten fassbar, man muss es nur wahrnehmen wollen. Dass dieses „C“ weiterhin Bedeutung behält, dafür setzen sich viele engagierte Christen in der Union ein, deshalb bleibt das „C“ im Namen erhalten, trotz aller Kritik. Es ist unverzichtbarer Anspruch und Kompass im Leben der Union.

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU sieht sich hierbei als organisiertes Forum, das eine Brücke zwischen der Evangelischen Kirche und der CDU baut.



## **Zum politischen Auftrag der Christen**

### **Hermann Gröhe**

---

„Versöhnung zwischen Menschen ist nicht gleichzeitig Versöhnung mit Gott; soziale Aktion ist nicht Evangelisation, politische Befreiung nicht Heil. Dennoch bekräftigen wir, dass Evangelisation und soziale wie politische Betätigung gleichermaßen zu unseren Pflichten als Christen gehören.“

Dieses Zitat aus der 1974 auf dem Internationalen Kongress für Weltevangelisation beschlossenen „Lausanner Verpflichtung“ macht in besonderer Weise den politischen Auftrag der Christen wie die Grenzen politischen Engagements deutlich.

Beides sich bewusst zu machen, ist notwendig angesichts mancher einseitiger Versuche, das Verhältnis von christlichem Glauben zu politischem Engagement zu bestimmen.

Da wurde die Aussage „Jede Seele unterwerfe sich der übergeordneten staatlichen Macht, denn es ist keine Macht außer von Gott“ (Römer 13,1) missbraucht, um Christen die Hinnahme diktatorischer Verhältnisse zu predigen. Da wurde – „mein Reich ist nicht von dieser Welt“ (Joh. 18,36) – völlige politische Enthaltensamkeit verordnet oder Christen – „du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apostelgeschichte 5,29) – als permanente Widerstandskämpfer beschrieben. Und ein Bestseller forderte die „Politik der Bergpredigt“.

Die Gesamtheit der christlichen Botschaft – dies jedenfalls ist meine Sicht als evangelischer Laie – verbietet derartige Einseitigkeiten, die politisches Engagement völlig ablehnen oder drastisch überschätzen, die den Staat als Teufelswerk verdammen oder ihn als Heilsbringer vergötzen.

Bemühungen, die Notwendigkeit staatlicher Macht wie die Grenzen ihres Auftrages zu beschreiben, haben immer wieder zur Bezeichnung des Staates als „göttliche Notverordnung“ sowie zur Unterscheidung zwischen dem Wohl der Menschen und ihrem Heil geführt. Dem Wohl der Menschen zu dienen, nach Frieden und Gerechtigkeit zu streben, sei Aufgabe staatlicher Ordnung. Die Frage des Heils der Menschen betreffe ihre Beziehung zu Gott.

### **Biblisches Verständnis vom Menschen**

Ausgangspunkt derartiger Überlegungen ist das biblische Verständnis vom Menschen. Die Bibel beschreibt den Menschen als von Gott nach seinem Bilde geschaffenes, in Sünde gefallenes und daher der Erlösung bedürftiges Wesen, dem Gott in seiner Liebe dieses Erlösungsangebot macht.

Abweichend von Vorstellungen, die den Menschen als an sich gut, allenfalls durch schlechte Verhältnisse fehlgeleitet betrachten (etwa Rousseau oder Marx, der folglich ein Absterben des Staates nach Überwindung ungerechter Verhältnisse prophezeit), geht ein biblisches Verständnis von der Sündhaftigkeit des Menschen aus. Des-

halb bedarf es staatlicher Ordnungsmacht, der Strafgewalt, des Richterschwertes, um das Böse – und damit meine ich nicht die bösen anderen, sondern auch das Böse in uns – zu wehren, das Gute zu bewahren, dem Wohl, dem Frieden und der Gerechtigkeit zu dienen. Dieser Staatsgewalt kommt es zu, dass wir ihr geben, was ihr gebührt (Matthäus 22,21). In dieser Staatsgewalt können, ja sollen Christen mitwirken. „Sorgt für das Recht! Helft den Unterdrückten! Verschafft den Weisen Recht, tretet ein für die Witwen!“ (Jesaja 1,16f).

Zugleich wissen Christen aber darum, dass politisches Engagement seine Grenzen hat.

Im Zentrum der christlichen Botschaft steht das Vergebungsangebot Gottes in der Erlösungstat Jesu am Kreuz, das allen Menschen in ihrer Verstrickung in Schuld und Unvollkommenheit gilt. Die Überzeugung, dass das Gelingen menschlichen Lebens von der persönlichen Antwort auf dieses Vergebungsangebot abhängt, ist ein großartiges Bekenntnis zur Freiheit des Menschen, das Christen freilich immer wieder missachtet haben.

Das oft grausame Ende von menschlichen Versuchen, eine vollkommene Welt zu schaffen, aber auch die Erfahrung eigener Schuld und eigenen Scheiterns führen uns vor Augen, dass der Mensch Schuld und Irrtum ausgesetzt ist. Diese Einsicht lässt keinen Raum für ideologische Heilslehren, für eine Sakralisierung des Politischen. Politisches Bemühen erhält so eine zutiefst humane

Grenze. Zugleich aber bleibt Christen die Hoffnung darauf, dass Gott uns eine Zukunft schenken will, die wir selbst nicht schaffen können.

Diese Hoffnung soll uns Kraft und Mut machen, uns aktiv in die Gestaltung der Welt einzumischen. Wir sind dazu aufgefordert, weil sich die Liebe zu Gott nicht von der Liebe zu den Menschen trennen lässt, weil es die Nächsten- und Fernstenliebe nicht zulässt, dass wir uns von der Welt abwenden, um uns aus einem angeblich schmutzigen Geschäft herauszuhalten. Außerdem gibt es gar kein wirkliches „sich heraushalten“. Wo wir nicht Einfluss nehmen, bleiben wir erst recht Objekt der Beeinflussung durch andere. Wenn Christen etwa die Gestaltung der Schulen oder den weiten Bereich der Medien anderen überlassen, nützt nachträgliches Klagen wenig.

### **Leitlinien des christlichen Glaubens**

Christlicher Glaube macht uns aber nicht nur Mut zum Engagement, sondern er gibt uns auch Leitlinien an die Hand. In der Gottesebenbildlichkeit des Menschen gründet die Achtung eines jeden Menschen als einmalige, unverfügbare und eigenverantwortliche Person mit unantastbarer Würde. Diese Würde aller Menschen ist gleich – unabhängig von Geschlecht, Rasse, Alter, religiöser oder politischer Überzeugung, Gesundheit, Leistungskraft oder Erfolg. Alle Menschen sollen der auf Freiheit angelegten menschlichen Natur gemäß leben können. Christen teilen diese Auffassung mit Nichtchristen, die aufgrund anderer – etwa vernunftethischer – Überzeugungen

den gleichen Anspruch aller Menschen auf Anerkennung ihrer Freiheit und Würde bejahen.

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“. So lauten die ersten Worte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Ist diese Überzeugung vielen Christen und Nichtchristen gemeinsam, so kann doch christlicher Glaube eine besondere Motivation vermitteln, weil für Christen die Anerkennung der gleichen Würde und Freiheit aller Menschen dem Willen des Schöpfers entspricht.

Christen sollten daher auch zum Widerspruch motiviert sein, wo immer das gleiche Recht aller auf ein würdiges Leben in Frage gestellt wird. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, wenn das Lebensrecht der Ungeborenen, der Sterbenden und der Behinderten in Frage gestellt wird, wenn die Schutzwürdigkeit menschlichen Lebens von der Fähigkeit des Menschen zum Bewusstsein seiner selbst und der eigenen Interessen abhängig gemacht wird. Wir dürfen nicht einfach zusehen, wie Hunger und Elend das Leben von Menschen zerstören. Wo bleibt unser Aufschrei, wenn täglich 40.000 Kinder an Hunger und Unterernährung sterben? Schließlich müssen wir widersprechen, wenn zu Menschenrechtsverletzungen aus Geschäftsinteressen geschwiegen wird oder Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sich zu Wort melden.

Vielen Christen hat der Glaube an den Schöpfergott in den letzten Jahren den Blick dafür geschärft, dass die Bewahrung der Schöp-

fung ein zentraler Auftrag an uns Menschen ist. Es wächst die Einsicht, dass der Mensch nur im Einklang mit der Natur in einer lebenswerten Zukunft fortbestehen kann. Die Gentechnologie mit all ihren Chancen und Risiken führt uns vor Augen, dass der Mensch der Versuchung widerstehen muss, Menschen nach seinem eigenen Bilde zu schaffen.

### **Auftrag des demokratischen Staates**

Christlich geprägte Überlegungen im Hinblick auf die Notwendigkeit staatlicher Ordnungsmacht, aber auch hinsichtlich ihres begrenzten Auftrages und das Wissen um die Mißbrauchbarkeit staatlicher Macht haben die Verfassungsgeschichte unseres Kulturkreises maßgeblich geprägt. Es ging darum, eine staatliche Ordnung zu schaffen, in der staatliche Ordnungsmacht ihrer Funktion gerecht werden kann, sie zugleich aber funktional und zeitlich begrenzt ist und kontrollierbar bleibt, in der Minderheiten geschützt und die Freiheitsrechte des einzelnen, auch sein Recht auf die grundlegenden materiellen Voraussetzungen der Inanspruchnahme von Freiheit geachtet werden.

So entstanden die Ideen der Gewaltenteilung, des Rechts- und Sozialstaates, der Demokratie. Und deshalb heißt es in der EKD-Denkschrift zu Staat und Kirche von 1985: „Für Christen ist es wichtig zu erkennen, dass die Grundgedanken, aus denen ein demokratischer Staat seinen Auftrag wahrnimmt, eine Nähe zum christlichen Menschenbild aufweisen.“

Dafür dürfen wir, im Bewusstsein, dass dies nicht nur das Ergebnis menschlicher Anstrengung, sondern auch Geschenk, ja Gnade ist, dankbar sein. Dies gilt gerade ein halbes Jahrhundert nach Ende der Nazityrannei, ihrer schrecklichen Verbrechen und des von ihr begonnenen Krieges, und wenige Jahre nachdem wir nun als Deutsche wieder vereint in einem demokratischen Rechtsstaates leben können.

Nicht nur die Entwicklung zum freiheitlichen Rechtsstaat und zur Demokratie wurden aus christlichem Denken gespeist. Die Überzeugung, dass der Einzelne eine einmalige und unverfügbare Person ist, der zugleich auf das Miteinander mit anderen angelegt und angewiesen ist, bildet den Kern der christlichen Sozialethik. Gerade in den päpstlichen Enzykliken, die den Kern der katholischen Soziallehre bilden, wird der Mensch in seiner Individual- und Sozialnatur beschrieben, wird der unauflösliche Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung betont. Die Bejahung der wirtschaftlichen Freiheit des einzelnen wie die Einsicht in die Notwendigkeit eines Ordnungsrahmens, der den Schwachen schützt, Benachteiligungen auszugleichen hilft und sozialer Gerechtigkeit dient, hat zur Entwicklung der Leitidee der sozialen Marktwirtschaft geführt.

### **Fähigkeit zum Kompromiss stärken**

Sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Auffassungen bestehen über das Verhältnis von Christen zur staatlichen Ordnungsmacht, wenn es um die Bewahrung des Friedens und Durchsetzung des

Rechts mit militärischen Mitteln geht. So sehr ich die pazifistische Überzeugung eines einzelnen, der das Martyrium der Gegenwehr vorzieht, achten, ja bewundern kann, so sehr bezweifle ich, dass es der Politik erlaubt ist, diese Entscheidung stellvertretend für andere zu treffen. Krass formulierte Dietrich Bonhoeffer: „Wehrlosigkeit als Prinzip des weltlichen Lebens ist gottlose Zerstörung der von Gott gnädig erhaltenen Ordnung der Welt“.

Ich kann hier nicht die unterschiedlichen pazifistischen Überzeugungen oder die ethischen Begründungen militärischer Verteidigungsbereitschaft darlegen. Vielleicht lässt sich aber etwas anderes am oft umstrittenen Thema „Frieden“ zeigen. Christlicher Glaube gibt uns oft verbindliche Ziele vor, etwa dem Frieden zu dienen. Welchen Weg zu diesem Ziel wir einschlagen, ist unserer eigenen Verantwortung, unserer Vernunft anvertraut. Auch bei der konkreten Weltgestaltung gilt: Wir sind von Gott zur mündigen Partnerschaft, nicht zum reinen Befehlsvollzug aufgefordert.

Dies führt dazu, dass sich Christen auch bei einem gemeinsamen Ziel leidenschaftlich über den richtigen Weg streiten können. Dies kann mitunter schmerzlich sein. Ich denke an die Debatte um die Abtreibung und den § 218 in meiner eigenen Partei.

Entscheidend ist für mich, dass das Bewusstsein von einem gemeinsamen Ziel helfen kann und soll, bei aller Leidenschaft in der Vertretung des eigenen Standpunktes über den richtigen Weg auch

andere Meinungen auszuhalten, ohne ihnen die Orientierung an diesem gemeinsamen Ziel abzusprechen.

Christen wird man in der konkreten Tagespolitik nur sehr selten an einem alle einenden, gemeinsamen Standpunkt erkennen können. Erkennen sollte man uns aber an dem Stil unseres Miteinanders trotz unterschiedlicher Meinungen.

Dabei kann sicher die Erkenntnis helfen, dass es in der Politik nur selten um wirkliche Gewissensfragen geht, viel häufiger aber um die Formulierung unterschiedlicher Interessen und das Bemühen um einen sachgerechten Interessenausgleich. In Deutschland wird dies häufig übersehen, werden Sachdebatten schnell zu „Glaubenskriegen“.

Politik braucht akzentuierte Interessenvertretung, in unserer so pluralistischen Gesellschaft aber mehr denn je den Willen und die Fähigkeit zum Kompromiss.

Wo der Kompromiss verachtet wird, auch wo die eine, reine christliche Politik gesucht wird, wie dies etwa in christlichen Kleinparteien geschieht, kann sich schnell Intoleranz breit machen.

Die Bejahung der Notwendigkeit von Kompromissen fällt sicher leichter, wenn man sich noch einmal den begrenzten Auftrag staatlicher Ordnungsmacht vor Augen führt. Staatliche Ordnungsmacht soll nicht Glaubensüberzeugung durchsetzen, sondern das friedli-

che Miteinander von Menschen sehr unterschiedlicher Überzeugungen zu ihrem Wohle regeln. Für Glaubensüberzeugungen einzutreten, ist die Aufgabe der Gemeinde, wie jedes einzelnen Christen.

Im Beispiel gesprochen:

Christlicher Überzeugung entspricht es, die Unauflöslichkeit der Ehe zu predigen. Aufgabe staatlicher Rechtsordnung ist es aber auch, Normen vorzusehen, die beim Scheitern menschlicher Beziehungen verhindern, dass die Schwächeren, etwa erwerbslose Partner oder Kinder, unter die Räder geraten.

Wie sich die Aufgaben der Politik und ein persönliches Bekenntnis ergänzen können, möchte ich am Beispiel der Drogenproblematik deutlich machen: Politik kann sich für Vorbeugung und Aufklärung, Beratung und Therapie sowie für die Bestrafung von Dealern einsetzen. Die häufig hinter dem Drogenkonsum stehende Frage nach dem Sinn des Daseins kann Politik in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht beantworten. Jeder einzelne Christ ist aber hier zu seiner persönlichen Stellungnahme gefordert.

Bei allem Bemühen um politische Lösungen wird uns immer wieder die eigene Irrtumsfähigkeit bewusst, die auch dazu führen kann, dass wir an anderen schuldig werden.

## **Gemeinschaft mit den anderen**

Auch der Umgang mit Macht kann verführen. Und in der Politik geht es neben dem Ringen um bessere Konzepte immer auch um das Ringen um den Auftrag zu ihrer Umsetzung, geht es um Macht. Macht als etwas Unchristliches zu verteufeln, halte ich für unangebracht. Macht kann wie Geld zum Guten wie zum Bösen verwendet werden, wobei die Versuchungen mit der Fülle von Macht oder Geld sicherlich steigen. Doch nicht nur die Macht kann verführen. Beim Einsatz für gute Ziele können schnell Prioritäten durcheinander geraten. Darunter leidet dann zuerst die eigene Familie.

Aber welcher Christ kennt nicht die Gefahr, dass gerade echte Leidenschaft für das, was uns allen als Auftrag gilt, die Beziehung zum Auftraggeber in den Hintergrund drängen kann. Hier ist es die Gemeinschaft mit den anderen, die uns helfen kann, der eigene Partner zuallererst, aber auch die Gemeinschaft mit wirklichen Freunden und das Eingebundensein in eine christliche Gemeinschaft. Für mich gehören dazu Freunde aus dem Gebetsfrühstückskreis im Deutschen Bundestag. Dafür bin ich dankbar.

Gemeinschaft mit anderen Christen ermöglicht nicht nur Offenheit und Korrektur. Im Mittelpunkt steht vielmehr die ständige Erinnerung daran, dass wir nicht alleine sind. Christen glauben an einen Gott, der uns auf unserem Weg begleitet, der in der Geschichte handelt und der sein Heilswerk am Ende der Zeit vollendet. Zu diesem Gott dürfen wir rufen und erfahren, dass er reagiert. „Wer betet“, so hat

es Horst Waffenschmidt immer wieder gesagt, „verbindet seine begrenzten Möglichkeiten mit den unbegrenzten Möglichkeiten Gottes“. Und Bundeskanzler Kohl erklärte: „Nicht nur politische Entscheidungen, sondern auch Gebete bewegen die Entwicklung der Welt“. Manchen mag die Bedeutung der Friedensgebete für die Wende in der ehemaligen DDR neu den Zugang zu diesem Bekenntnis eröffnet haben. Das Gebet für diejenigen, die in der Politik Verantwortung tragen, ist daher die erste Pflicht, wenn es um christliche Weltverantwortung geht (1. Timotheus 2,1f).

Christliche Hoffnung weist immer über diese Welt hinaus. Und dennoch hat diese Hoffnung eine enorme politische Bedeutung. Angesichts der Tragweite menschlichen Handelns in unserer hochtechnisierten Gesellschaft mit ihren großen Chancen und gewaltigen Risiken macht sich zunehmend Entscheidungsunfähigkeit aus Angst vor jedem Risiko breit. Natürlich setzen Christen dem nicht eine „fromme Leichtigkeit“ entgegen. Im Gegenteil, sie wissen sich für ihr Handeln auch Gott gegenüber verantwortlich. Aber sie haben die Gewissheit, dass sie selbst wie die gesamte Schöpfung vor, in und nach allem Entscheiden und Handeln aufgehoben sind in der Gnade des Schöpfers. Diese Gewissheit können und sollen wir bezeugen, wo Hoffnungslosigkeit sich ausbreitet. Diese Gewissheit befreit uns zur Übernahme von Verantwortung.

## Das 'C' im Namen unserer Partei

Dieter Hackler

---

Seit der Gründung der CDU ist das 'C' im Namen unserer Partei vielen Zeitgenossen ein Ärgernis. Sie haben die Sorge und erheben den Vorwurf, dass unsere „Partei die Christengemeinde und ihre Botschaft gerade mit ihrer Christlichkeit auf Schritt und Tritt kompromittiert“, wie es der Theologe Karl Barth ausgedrückt hat.

Vielen Zeitgenossen ist das 'C' im Namen einer politischen Partei ein Ärgernis, weil wir damit einen moralischen Anspruch stellen, dem wir nicht standhalten können. Weil wir das 'C' im Namen führen, wird uns unterstellt, wir stellen die christliche Lebensgrundhaltung anderer in Frage. Dies ist in keinem Fall unsere Absicht.

Diese Anfragen an unser Selbstverständnis und dieser Ärger über unseren Namen machen deutlich: Wir tragen das 'C' nicht zur Dekoration in unserem Namen. Das 'C' ist für uns eine Verpflichtung, eine enorme Herausforderung und, wie ich meine, die Chance, ja die einzige Chance, für eine dem Menschen gerechte Politik.

Das 'C' ist kein Gütesiegel für unsere Politik. Das 'C' ist vielmehr ein enormer Anspruch an unser Reden und Handeln. Und diesem Anspruch wollen wir nicht ausweichen. Diesem Anspruch wollen wir uns stellen. Das ist der Konsens in unserer Partei, und dieser Konsens trägt die Partei.

Das 'C' ist der entscheidende Integrationsfaktor für unsere gemeinsame Arbeit. Es steht nicht für eine christliche Politik – die gibt es in der Tat nicht –, sondern für eine Politik, die aus christlicher Verantwortung heraus betrieben wird.

### **Integrationsfaktor für unsere gemeinsame Arbeit**

Was meint das aber? Politik aus christlicher Verantwortung. Was ist christlich? Der katholische Theologe Hans Küng formuliert es so: „Gegen alle, ob gut gemeinte Zerdehnung, Vermengung, Verdrehung und Verletzung des Christlichen sind die Dinge ehrlich beim Namen zu nennen, die Begriffe beim Wort zu nehmen: Das Christentum der Christen soll ja christlich bleiben! Das Christentum bleibt jedoch christlich nur dann, wenn es ausdrücklich an den einen Christus gebunden bleibt. Und dieser ist nicht irgendein Prinzip oder eine Internationalität oder eine Haltung oder ein evolutiver Zielpunkt. Er ist vielmehr eine ganz bestimmte, unverwechselbare und unauswechselbare Person mit einem ganz bestimmten Namen! Das Christentum lässt sich schon von seinem Namen her nicht in ein namenloses anonymes Christentum einebnen oder aufheben. Das unterscheidend Christliche ist der Christus selbst.“

Christsein bedeutet demnach, „in der Nachfolge Jesu Christi, in der Welt von heute wahrhaft menschlich leben, handeln, leiden und sterben – in Glück und Unglück, Leben und Tod, gehalten von Gott und hilfreich den Menschen.“ In der Nachfolge Christi sehen wir den Menschen neu. Wir sehen ihn als Gottes Geschöpf, als unsere

Schwester, als unseren Bruder. Und wir lernen uns selbst kritisch zu sehen. Eben als die, die Utopien nicht verwirklichen können, ohne unendliches Leid zu verursachen und unendliche Schuld auf uns zu nehmen. Wir sehen uns als Menschen mit Schwächen und mit Grenzen. Als Menschen, die, obwohl wir das Beste wollen, nur das Beste wollen, doch oft nur Böses bewirken.

## **Dienst am Menschen**

Durch Christus wissen wir um unser Schuldigwerden, um unsere Schuld und um unsere Unvollkommenheit. Dieses Wissen bedeutet keinen Makel der menschlichen Existenz, im Gegenteil, dieses Wissen befreit uns zu sachlichem, ideologiekritischem, vernünftigem Handeln. Einem Handeln, das zuerst danach fragt, was dem anderen dient, was Lebensmöglichkeiten eröffnet. Als Christen versuchen wir, die Liebe Gottes, die seiner ganzen Schöpfung, die allen Menschen gilt, wenigstens zeichenhaft weiterzugeben mit unserem Leben. Mit unserem höchstpersönlichen Einsatz für andere.

Darum versteht sich die CDU als eine Partei der christlichen Existenz in dieser Gesellschaft, in der Welt. Nicht als eine Partei des ideologischen Dogmatismus. Hermann Ehlers charakterisierte das 'C' im Parteinamen folgendermaßen:

*„Die Menschen leben nicht von der richtigen Theologie – so wichtig sie für Lehre und Verkündigung der Kirche ist –, sondern sie leben davon, dass die Priester und Leviten an der Straße von Jerusalem*

*nach Jericho nicht an dem, der unter die Räuber gefallen ist, vorbeigehen, weil sie gerade mit höchst bedeutsamen theologischen Erwägungen beschäftigt sind."*

Politik aus christlicher Verantwortung, diese Erkenntnis ist das bleibende Verständnis Hermann Ehlers, zeichnet sich durch Nüchternheit, Sachlichkeit und Sachgemäßheit aus. Das 'C' leitet uns an, in der Welt den Realitätssinn nicht zu verlieren. Das christliche Menschenbild weiß eben um die Unvollkommenheit des Menschen. Politik in der gefallenen und noch nicht erlösten Welt zu gestalten, heißt demnach auch, Kompromisse einzugehen, denn alle menschlichen Ordnungen sind fehlerhaft und deshalb nie absolut zu setzen. Politik aus christlicher Verantwortung zu betreiben, ist Dienst am Menschen. Ein Dienst, der jede Form der Weltflucht verbietet. Aber dieser Dienst ist immer ein Dienst in der Hoffnung des Erlöstwerdens durch Gott. Es ist daher kein quälender, sondern ein fröhlicher Dienst, der allerdings oft auch sehr belastet. Nur diese Belastung gehört zum Menschsein dazu.

Das 'C' in unserem Parteinamen zwingt uns zur Stellungnahme. Wenn individuelle Freiheit und Egozentrik missverstanden werden, wenn wir in einer Gesellschaft leben, in der nicht Solidarität, sondern Entsolidarisierung zu Schlagworten werden. Besser gesagt, wenn zwar das Wort Solidarität über die Lippen geht, in Wahrheit aber Entsolidarisierung gemeint ist. Im Zeichen des 'C' kann es richtig sein, Wachstum zu bejahen, aber es stellt sich sofort die Frage: Wozu brauchen wir das Wachstum und was machen wir damit? Im

Zeichen des 'C' kann es richtig sein, Wohlstand zu fordern, aber wie viel und für wen muss mitbedacht werden. Im Zeichen des 'C' können wir keine Politik machen, die auf Deutschland beschränkt ist. Im Zeichen des 'C' sind unsere Nachbarn unsere Nächsten. Die Nachbarn in Ost und West, in Nord und Süd. Das 'C' in unserem Parteinamen zwingt uns zu einer ganzheitlichen Politik. Es erlaubt uns keine isolierte Existenz.

### **Nicht aufgebare Identität**

Ich sehe das 'C' als die Chance für unsere Partei. Wir können als Christen oder in der Nachfolge Christi gerade in Zeiten des Umbruchs und den Zeiten der Krise, Orientierung geben, das Wesentliche ansprechen, Problemlösungen aufzeigen, deutlich machen, dass das Heil der Welt nach der Überwindung des Ost-West-Konfliktes keinesfalls angebrochen ist.

Für mich bedeutet das 'C' in unserem Parteinamen nicht aufgebare Identität. Aber dieses 'C' ist kein Besitz, der mir erlaubt, mich ruhig zurückzulehnen. Dieses 'C' bedeutet Verpflichtung, bedeutet: ständig aktiv sein für die Menschen in meiner Nähe, in meiner Stadt, in meinem Bundesland, in meinem Land, in Europa, Verantwortung tragen für die Menschen in der Welt. So verstanden, kann politische Verantwortung auch Freude bereiten. So lohnt es sich, aktiv zu sein, so brauchen wir auch keine übertriebenen Ängste vor der nächsten Wahl und der Zukunft zu haben.



**Demokratie und Christentum –  
Die Notwendigkeit einer Aufklärung  
Dr. Fritz Hähle**

---

Elisabeth Noelle-Neumann vom Allensbacher Institut für Demoskopie hat am 20. September 1995 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die folgenden Umfrageergebnisse veröffentlicht.

Auf die Frage, ob es richtig ist, das Leben als eine Aufgabe zu betrachten, für die man bereit ist, sich mit allen Kräften einzusetzen, etwas zu leisten, auch wenn es mühsam ist, antworteten im Jahre 1956 die Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu 52 % mit „Ja“. 1990 waren es im gleichen Gebiet nur noch 30 %, die das für richtig hielten. Die Frage, ob es richtig sei, das Leben vor allem zu genießen, beantworteten in der Bundesrepublik des Jahres 1956 33 % der repräsentativ Befragten zustimmend. 1990 waren 53 % der Meinung, das sei die richtige Lebenseinstellung.

### **Wandel der Lebenseinstellung**

In den neuen Bundesländern hat sich seit 1990 in nur fünf Jahren ein Wandel der Lebenseinstellung vollzogen wie in der Altbundesrepublik in beinahe 40 Jahren. Die Ostdeutschen hatten die genannten Fragen im Jahre 1990 in ähnlicher Weise beantwortet wie die Westdeutschen im Jahre 1956 (50 % für Leben als Aufgabe,

22 % für das Genießen). 1995 sah das aber schon ganz anders aus: nur noch 35 % waren für den „Ernst des Lebens“ und 45 % für ein Leben „nach Lust und Laune“. Wie kam es überhaupt zu der erstaunlichen Ausgangslage, die das Meinungsbild im Jahr 1990 in den neuen Ländern bestimmte?

Die friedliche Revolution von 1989 war ein Sieg der Moral über die Unmoral, der Anständigen über die Unanständigen. Ich meine damit die Moral des inneren Widerstandes gegen das Unrecht, und die Anständigkeit, wegen der inneren Abneigung gegen das Regime auf Vorteilsnahme zu verzichten. Wer in der DDR nicht Mitglied der SED war, nahm bewusst in Kauf, dass er und seine Familie in vieler Beziehung benachteiligt sein würden. Trotzdem waren nur etwa 20 % der erwachsenen Bevölkerung in der SED.

Diese Tatsache ist um so mehr zu würdigen, als die Werbung für die Einheitspartei nicht etwa nach den in der Demokratie üblichen Verfahren der Mitgliederwerbung ablief. Es handelte sich vielmehr um ein regelrechtes Verhör, bei dem die Beweislast auf Seite des „Delinquenten“ lag. Er musste bei der Ablehnung des Ansinnens erklären, warum er nicht bereit sei, der „Partei der Arbeiterklasse“ beizutreten. Einer solchen „Behandlung“ musste sich beinahe jeder irgendwann einmal unterziehen. 80 % sagten „nein“ und erfanden Ausflüchte zur Begründung der Ablehnung.

## **Hohe Erwartungen an die Einheit**

Viele hatten die Last der ansonsten als Überlebensimperativ praktizierten Anpassung abgeworfen, lange bevor der Herbst 1989 die Befreiung brachte. Die Ostdeutschen sind 1990 mit hohen Erwartungen in die Einheit gegangen. Diese Erwartungen waren nicht nur auf materiellen Zugewinn ausgerichtet – das waren sie auch. Nicht wenige meinten, in eine heile Welt zu kommen und wollten diese hinfert mitgestalten.

Die Neubundesbürger mussten aber bald feststellen, dass sie im neuen Staat vieles nicht verstehen konnten. Sie meinten, statt des verhassten kommunistischen Staates einen neuen, besseren Verwalter gewonnen zu haben, der sich um alle wichtigen Fragen kümmert, nur eben besser und wirkungsvoller als der bisherige. Es kam aber kein besserer Verwalter, es kam die Freiheit, auf deren Risiken sie nicht vorbereitet waren (Christoph Böhr: Der schwierige Weg zur Freiheit: Europa an der Schwelle zu einer neuen Epoche/Bouvier, 1994). Kein Wunder, wenn sie mitunter Unverständnis zeigen!

## **Ursachen des Wertewandels**

Wer klärt sie aber auf? Wer sagt ihnen, dass dem demokratischen Rechtsstaat aus guten Gründen nur Teilzuständigkeiten übertragen sind? Die Ostdeutschen können das nicht wissen und die Westdeutschen wissen es offensichtlich auch nicht mehr. Hier wie dort

gilt inzwischen der Glaube, dass der Staat einerseits dem einzelnen nichts vorschreiben darf, andererseits aber für alles zuständig zu sein hat, was sich an Fehlentwicklungen in der Gesellschaft infolge einer als Beliebigkeit missverstandenen Freiheit ergibt.

Wer weiß es denn überhaupt noch: Freiheit und Demokratie nach europäischem Verständnis sind nur möglich auf der Grundlage einer Kultur, die vom Erbe des Christentums und dessen Wurzeln im jüdischen Kulturkreis zehrt. Dieses Erbe kommt nicht nur denen zugute, die sich bewusst Christen nennen. Auch alle anderen, die in diesem Kulturraum leben, schöpfen daraus und halten es für eine Selbstverständlichkeit, dass sie im Rahmen allgemein akzeptierter Regeln tun und lassen können, was sie wollen. Die vernünftige Humanität der Aufklärung stützt sich auf die goldene Regel: „Behandelt jeden so, wie ihr von ihm behandelt sein wollt“ (Lukas 6,31). Am besten lebt es sich dort, wo diese Regel freiwillig eingehalten wird.

Dass wir inzwischen weit von diesem Idealzustand entfernt sind, zeigt sich u.a. in dem ständig wachsenden Aufwand des Staates, die Freiheitsrechte seiner Bürger zu schützen. Die größten Probleme bereitet dabei die Kriminalität, deren Häufigkeit und Schwere die Möglichkeiten der Gegenwehr bei weitem zu übertreffen scheint. Langsam beschleicht viele die Angst, dass die Bekämpfung der Symptome ein aussichtsloses Unterfangen bleibt. Insbesondere in den neuen Ländern ist die Bevölkerung angesichts der vermeintlichen oder tatsächlichen Unfähigkeit „durchzugreifen“ vom Rechts-

staat enttäuscht, ist man doch vom einstigen DDR-Regime anderes gewöhnt.

Dass dieser Staat selbst kriminell war und dass es niemanden gab, der die Bürger vor der Staatskriminalität schützen konnte, wird leider schon allzuoft vergessen. Dieses Vergessen ist nach meiner Ansicht eine der Ursachen des Wertewandels, der sich, wie die eingangs erwähnten Umfrageergebnisse zeigen, in den neuen Ländern in den vergangenen fünf Jahren vollzogen hat. In ihrem ursprünglichen Streben, hinfert besseren Zielen zu dienen, haben die Neubundesbürger leider bei den Alteingesessenen nicht allzu viele Bundesgenossen gefunden. War doch eine Mehrheit der Altrepublikaner inzwischen der Meinung, es sei richtig, das Leben vor allem nur noch zu genießen.

Der Apostel Paulus tadelt eine solche Denkweise im 1. Brief an die Korinther (15,32) unter Hinweis auf den Propheten Jesaja. Des Propheten Wort „gegen den Übermut Jerusalems“ geht von folgender Zustandsbeschreibung aus: „Aber siehe da, lauter Freude und Wonne, Rinder töten, Schafe schlachten, Fleisch essen, Wein trinken: Lasset uns essen und trinken; wir sterben doch morgen!“ (Jes. 22,13). Paulus stellt dieses Jesaja-Zitat in den Zusammenhang mit einem abhanden gekommenen Glauben an die Auferstehung. „Wenn (ihr der Auffassung seid, dass) die Toten nicht auferstehen, dann (gibt es nur noch eins:) lasset uns essen und trinken; denn morgen sind wir tot!“

Ich finde, das ist eine durchaus treffende Beschreibung des mehrheitlichen Stimmungsbildes in der Bundesrepublik des Jahres 1990. Es war von der weitgehend entchristlichten Bevölkerung der neuen Länder nicht zu erwarten, dass ihr die Kraft innewohnt, diesem Einfluss zu widerstehen. Dabei wäre heute nichts notwendiger als ein neues Denken.

### **Umdenken erforderlich**

Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus stehen wir an der Schwelle einer neuen Epoche. Ganze Völker haben ihre Orientierung verloren und suchen nach verlässlichen Leitbildern. Das vereinte Europa ist ohne Mittel-Osteuropa nicht denkbar. Die Herausforderungen der Gegenwart entsprechen durchaus denen der Nachkriegszeit. Nur: das Denken der Bevölkerung entspricht nicht mehr dem der 50-er Jahre.

Die gesamtdeutsche Krankheit liegt überwiegend in der Abkehr von der eigenen Kultur. Die Folge davon ist der schleichende Abfall vom Grundkonsens der Demokraten, wie er im Grundgesetz niedergeschrieben ist.

Das Grundgesetz geht in der Präambel von der Verantwortung vor Gott und den Menschen aus. In Artikel 2 (1) ist von der Begrenzung des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit durch das Sittengesetz die Rede. Beides haben die Verfasser des Grundgesetzes im noch wachen Entsetzen über die Barbarei der Nationalsozialis-

ten bewusst so formuliert. In den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft waren die Kultur und die christlichen Traditionen der Deutschen brutal beiseite geschoben und politische Ziele ohne jegliche Rücksicht auf ein Minimum an Sittlichkeit verfolgt worden. Die Zerstörung der Traditionen und kulturellen Wurzeln wurde in der DDR von der SED systematisch fortgesetzt. In der Bundesrepublik der Nachkriegszeit hat es dagegen eine Rückbesinnung auf die geistigen Werte und kulturgestaltenden Kräfte des Christentums gegeben. Daraus sind die Antriebskräfte für den erfolgreichen Aufbau zum großen Teil erwachsen. Dieses Potential ist heute – so scheint es – weitgehend verbraucht.

### **Renaissance christlicher Grundüberzeugungen?**

Aus welchen Quellen wird das vereinte Deutschland hinfert schöpfen können? Günter Rohrmoser meint – und ich stimme ihm hier zur: „Die Wahrheit ist, dass die Kraft der Menschen, Krisen gemeinsam zu bewältigen, bis heute nicht beansprucht wird. Es ist jenseits des Anblicks, den die öffentliche Meinung wiedergibt, ebenso guter Wille und potentielle Bereitschaft in der Bevölkerung vorhanden wie während des Wiederaufbaus nach 1945. Wir brauchen heute eine Konkretisierung jenes Programms einer geistig-ethischen Erneuerung, das die CDU einmal versprochen hatte, und dessen Anwendung auf die neue geschichtliche Herausforderung.“

(Günther Rohrmoser: Der Ernstfall: Die Krise unserer liberalen Republik/Ullstein, 1994).

Ich habe den Eindruck, dass sich in der Union schon viel zu viele damit abgefunden haben, dass die zur Selbstsucht verkommene Individualisierung der Gesellschaft und die Abkehr von den kulturellen Wurzeln angeblich nicht mehr rückgängig zu machen sind. Es ist wohl richtig, politisches Handeln den offensichtlichen Tatsachen anzupassen. Das allein kann aber nicht genügen. Warum glaubt kaum jemand an die Möglichkeit einer Renaissance christlicher Grundüberzeugungen? Warum findet sich in den Kirchen mehr Verzagt-heit als Glaubenszuversicht?

Die Amerikaner waren 1945 der Meinung, dass ohne Umschulung und politische Bildung in Deutschland die Demokratie nicht durchzusetzen sei. Im Ergebnis dessen sind die politischen Bildungswerke entstanden, die bis heute eine hilfreiche Arbeit leisten. Dass mit dem Beitritt der neuen Ländern zur Bundesrepublik 16 Millionen Deutsche von einer Diktatur in die Demokratie überwechselten, ohne dass sie bisher umfassend darüber aufgeklärt wurden, was das bedeutet, wie diese Demokratie funktioniert und aus welchen Wurzeln sie erwachsen ist, hat bisher kaum jemand bewusst zur Kenntnis genommen. Niemand muss sich deshalb wundern, wenn sich Ostdeutsche mitunter anders verhalten, als dies der Erwartung derer entspricht, die über eine längere Demokratieerfahrung verfügen.

Die neuen Bundesbürger sind keinesfalls in ihrer Mehrheit verkappete Kommunisten, sie sind aber auch – von einer gewichtigen Minderheit abgesehen – keine bewussten Christen. Es ist allerdings unter ihnen erstaunlich viel von dem vorhanden, was an Grund-

überzeugungen aus dem Christentum hervorgegangen ist. Vielleicht kommt noch mehr davon zum Vorschein, wenn die Wurzeln wieder gepflegt werden. Wir brauchen eine christliche Aufklärung, allerdings nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland.



## Kirche zwischen Auftrag und Beliebigkeit

Christine Lieberknecht

---

Der gedankliche Ausgangspunkt kann eigentlich nur die Frage sein: Was soll und was kann Kirche heute leisten? Sie muss einmal für jeden einzelnen als von Gott gerufene, unverwechselbare Persönlichkeit beantwortet werden. Nicht zuletzt als Politikerin muss ich sie mir aber auch für das gesellschaftliche Ganze stellen. Beides hängt dabei zusammen.

Die Zeiten, da alle Gebrechen nur auf vermeintlich unbekömmliche Strukturen zurückgeführt und fast jede Abscheulichkeit damit entschuldigt wurde, sind zum Glück vorbei. Allmählich setzt sich wieder die Einsicht durch, dass der Mensch nicht allein ein Produkt der Umwelt ist, sondern dass die Umstände und der Charakter in einem echten Wechselverhältnis stehen.

Steffen Heitmann hat den Zusammenhang zwischen der individuellen und gesellschaftlichen Ebene mit Blick auf das Christentum treffend dargestellt:

*„Für den Christen ist die irdische Wirklichkeit ein Feld der Bewährung. Was richtig und falsch ist, vermittelt sich ihm durch sein sorgfältig geprüftes Gewissen. Es ist seine innere moralische Instanz und zugleich sein Wegweiser. In der Vervielfachung eines solchen Gewissens kann ein christliches Gewissen der Gemeinschaft ent-*

*stehen. Und selbst wenn nicht alle Mitglieder der Gesellschaft eine christliche Überzeugung haben, vermögen die Christen doch dann die Wertkategorien von Gut und Böse inhaltlich zu besetzen, wenn sie den christlichen Glauben leben.“*

Dieses durch den Glauben geleitete, sorgfältig geprüfte Gewissen ist in den existentiellen Fragen der Dreh- und Angelpunkt. Wie es wirkt und wo seine Grenzen liegen, hat die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD kürzlich in einer Denkschrift zum Thema „Gewissensentscheidung und Rechtsordnung“ unter verschiedenen Aspekten dargelegt.

### **Der gedankliche Weg von innen nach außen**

Was Heitmann sagt, ist schon der richtigen Reihenfolge wegen wichtig: Der gedankliche Weg kann nur von innen nach außen gehen. Denn der Auftrag der Kirche ergibt sich nicht aus dem, was wir von ihr in den unterschiedlichen Lebens- und Interessenlagen erwarten. Er ergibt sich daraus, was Jesus Christus als Herr der Kirche von uns als Christen erwartet.

Diesen Zusammenhang stellt die Barmer Theologische Erklärung von 1934 heraus: „Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.“

Zuspruch und Anspruch: Beides ist für jeden Christen wichtig, wenn er sich in der Welt bewähren will. Kirchen sollen den Glauben verkünden und stärken. Sie können damit das Gespür für das Geschenk der in Gott gebundenen Freiheit hervorbringen, durch das Vertrauen und Zuversicht gefestigt werden. Der Glaube weckt die Einsicht in die Vorläufigkeit und Unzulänglichkeit des eigenen Tuns, er lehrt uns aber genauso, mit diesen Defiziten umzugehen.

Nicht zuletzt tragen die Kirchen dazu bei, einen anderen Sinn- und Deutungshorizont wachzuhalten. Sie erinnern daran, dass es jenseits unserer Alltagserfahrung noch etwas gibt, dass über Gut und Böse, die Unverfügbarkeit des Lebens und die Würde des Menschen nicht nur im Hier und Jetzt entschieden wird, dass das letzte Wort über unser Leben nicht von Nachbarn, Arbeitskollegen, Vorgesetzten, Richtern oder Journalisten gesprochen wird.

### **Zuspruch und Anspruch**

Auftrag der Kirche ist nicht zuletzt, dass sie in der Verkündigung und ihrem ganzen Tun vor allem diese Dienste leistet. Christen können erwarten, dass sie das Geheimnis des Glaubens so verkündet und feiert, dass Kopf, Herz und Sinne ergriffen werden. Kirche soll ihren Gliedern in der und durch die Gemeinschaft der Gläubigen helfen, Zuspruch und Anspruch, von der die Barmer Theologische Erklärung spricht, als Wirklichkeit zu erfahren und aus diesem Geist zu leben.

Sie spendet damit Lebenszuversicht. Wenn die Kirche als Werkzeug ihres Herrn ihren Kernauftrag, ihre Botschaft, ernstnimmt, macht sie jedem einzelnen ein Geschenk, der von der Kraft des Glaubens ergriffen wird und sich durch die Fährnisse des Lebens getragen weiß. Das findet er nirgendwo sonst. Die segensreichen Folgen für die Allgemeinheit ergeben sich schon dadurch fast von selbst!

Denn das Entscheidende sind die Menschen selbst: Gebraucht wird eine Lebenstüchtigkeit, die Wissen und Können genauso umfasst wie die für die Wechselfälle des Lebens erforderliche seelische Stabilität. Gebraucht werden Menschen, die den Nächsten und das Gemeinwohl mit im Blick haben.

### **Balance zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohl**

Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen „*ideellem Altruismus*“ und starker Kirchenbindung auf der einen sowie zwischen Selbstbezogenheit und schwacher oder fehlender Kirchenbindung auf der anderen Seite. Das hat der Sozialpsychologe Gerhard Schmüdgen kürzlich in einer bemerkenswerten Jugendstudie überzeugend herausgearbeitet.

Es ist wahrlich schwer genug, eine Generation heranzuziehen, die die wirtschaftlichen Überlebentechniken der globalen Wirtschaftsgesellschaft beherrscht. Ein weit größeres Problem wird sein, Eliten herauszubilden, die weiterdenken, die zusätzlich die Balance zwi-

schen Freiheit und Bindung, Rechten und Pflichten, Eigeninteresse und Gemeinwohl verinnerlichen.

Die Kirchen können sehr viel dazu beitragen, die Menschen entsprechend zu befähigen – schlichtweg dadurch, dass sie tun, was ihres Amtes ist. Karl Jasper hat Bildung einmal als „*zu wirklichem Dasein gewordenen Bewusstsein*“ bezeichnet, als die Fähigkeit, „*Welt und Dinge nicht chaotisch und isoliert, sondern in bestimmt gegliederten Perspektiven*“ zu sehen. Die christliche Perspektive ist dabei immer noch eine der bestechendsten.

Letztlich ist es die Leistung „*der judäo-christlichen Tradition: dass sie an eine andere Ordnung als die alltäglich erfahrbare erinnert und damit Menschen die Kraft gibt, ihren Egoismus zurückzustellen*“, wie der langjährige Rektor der Universität Eichstätt, Nikolaus Lobkowicz, treffend formuliert hat. Wer den transzendentalen Bezug abschneidet, die Gottesebenbildlichkeit jedes einzelnen Menschen vergisst, nicht mehr mit den Möglichkeiten des göttlichen Gerichts rechnet, endet nicht automatisch im Nichts.

Noch einmal zusammengefasst: Erste Aufgabe ist, den Menschen Halt im Leben zu geben und den Anspruch zu vergegenwärtigen, von dem die Barmer Erklärung gesprochen hat. Kirche formt dadurch das Gewissen der Gemeindeglieder, das sich dann in den Entscheidungssituationen des Lebens bewähren muss. Es geht um die jenseits verankerten Maßstäbe zum diesseitigen Gebrauch der freien Christenmenschen.

## Kirche als „Gewissensformer“

Das ist der wichtigste Beitrag zur humanen Qualität des Gemeinwesens. Daneben dürfen und müssen die Kirchen auch öffentlich das Wort ergreifen. Ansichten, politische Ziele und Werte, denen ein Gemeinwesen folgt, bilden sich im freien Meinungs Austausch nach den Spielregeln unserer Demokratie und Medienwelt.

Ich wünsche mir die Kirchen als kräftige Mitspieler auf diesem Feld. Gerade in schwierigen Entscheidungssituationen müssen sie Maßstäben, die aus dem christlichen Glauben entspringen, Gehör verschaffen. Das gelingt nicht immer, weil es sich in jedem einzelnen Fall um eine Gratwanderung handelt, bei der man auch abstürzen kann – in beide Richtungen. Polemisch zugespitzt hat Ludger Kühnhardt manchen öffentlichen Äußerungen der Kirchen vorgeworfen, einer „*ökotheologischen Ersatzmoral*“ zu folgen und sie davor gewarnt, dass Politik zum Opium für die Religionen werden könne.

Zu oft erliegen gerade die evangelischen Kirchen der Versuchung, die Schlussfolgerungen aus ihren theologischen Erwägungen gleich mitzuliefern. Auf der anderen Seite war ihre Stimme in der Abtreibungsdebatte, bei der es um eine fundamentale Frage im Grenzbe reich von Leben und Tod geht, nur schwach vernehmbar.

Die Risiken sind in beiden Fällen groß: Einerlei ob die christliche Botschaft verdünnt und in politische Aussagen eingepackt oder so präsentiert wird, dass unbequeme ethische Fragen entschärft wer-

den: sie läuft Gefahr ununterscheidbar und austauschbar zu werden. Wenn Repräsentanten der Kirchen sagen, was alle sagen, nur etwas anders akzentuiert, gehen sie im pluralistischen Stimmengewirr unter. Oder man sucht sich heraus, was gerade passt.

Die Kirche hat dazu durch ihr politisches Engagement lange Zeit selber kräftig beigetragen. Es ist ihr vielfach schwergefallen zu akzeptieren, dass die Menschen „*in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens*“ mit diesseitigen Mitteln Politik treiben müssen, wie es in Barmen formuliert worden ist.

### **Eindruck von Beliebigkeit**

Dadurch ist der Eindruck von Beliebigkeit gefördert worden. Das eigentliche Anliegen ist oft gar nicht sichtbar gewesen. Kirche, das war für viele: Orgelkonzert, Kulturtourismus, Sozialarbeit oder politisierende Pastoren, die als Energiepolitiker oder Rüstungsexperten auftraten. Zum Glück wird umgedacht. Dafür gibt es erfreuliche Hinweise. Unter Verweis auf die Nachrüstungsdiskussion in Westdeutschland hat der Präses der Synode der EKD, Jürgen Schmude, Zurückhaltung und Augenmaß eingefordert: „*Fast jede Zeit hat, mit Unterschieden, ihre Not. Die Neigung, sie jeweils für die größte, unentrinnbar und also ermutigend zu halten, kehrt immer wieder.*“ Die Kirche sollte diesem Trugschluss keinen Vorschub leisten. Themen der Kirche sind die existentiellen Dinge. Liebe und Schuld, Scheitern und Gelingen, Glück und Unglück, Sterben und Tod: In diesen

Erfahrungen steckt Transzendenz, mit der irgendwann jeder Mensch zu tun hat. Die Zahl derer, die sie in einen unspezifischen religiösen Horizont einbetten, ist erstaunlich groß. Aufgabe der Kirchen ist, ihnen die Möglichkeit vor Augen zu führen, sie christlich zu deuten.

Es gibt auch in unserer Gesellschaft entschieden mehr religiöse Bedürfnisse als Kirchenmitglieder. Es muss uns als Christen schmerzen, wenn Menschen sie bei obskuren Psychogruppen und Sekten befriedigen, wo ihnen allzuoft die Freiheit des Christenmenschen genommen wird. Darauf können die Kirchen am besten *„mit sich selbst antworten“*, wie Ehrhart Neubert gesagt hat.

Jede Gelegenheit, bei der Menschen zuhören und sich öffnen, ist dazu geeignet: Christliche Feste, Familienfeiern, Religionsunterricht, Seelsorge in den unterschiedlichsten Lebenssituationen. Es ist kleingläubig, wollten wir darin nur vergebliche Mühen sehen. Vertrauen wir doch darauf, dass die so Angesprochenen irgendwann auf diese Deutungsmöglichkeit zurückgreifen.

Vor dem Hintergrund einer eindeutigen und unmissverständlichen missionarischen Beauftragung, die sich mit unserem Christsein verbindet, wäre eine andere Haltung auch nur schwer zu begründen. *„Darum gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker: taufet sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe“* (Matth. 28,19-20).

**Zum Erscheinungsbild der Kirche –  
Wie stehen die Parteien zur Kirche?  
Dr. Ulrich Mann**

---

Beide großen Kirchen in Deutschland wirken seit vielen Jahren und Jahrzehnten aktiv und engagiert über ihren Verkündigungsauftrag hinaus in zahlreichen Feldern des öffentlichen Lebens. Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Betreuung alter oder behinderter Menschen, Erwachsenenbildung sind nur einige Beispiele. Auffällig sind auch die vielfältigen Meinungsäußerungen der Kirchen zu Fragen aus allen Gebieten der Politik. Den politischen Parteien ist dieses Erscheinungsbild der Kirchen im öffentlichen Leben deshalb wohlvertraut.

Wie stehen die politischen Parteien ihrerseits zu den Großorganisationen der Kirchen, zu ihren institutionellen, wirtschaftlichen und sonstigen Interessen, die sich aus dem Auftrag der Kirchen, dem kirchlichen Selbstverständnis und den speziellen geschichtlichen Bedingungen im Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland ergeben?

Man könnte vermuten, dass die politischen Parteien ähnliche Auffassungen zum Thema Kirche vertreten, denn sie erleben die Kirche in dem von dieser selbstbestimmten öffentlichen Erscheinungsbild unter den gleichen Bedingungen. Diese Vermutung ist allerdings – wie sich sogleich im einzelnen zeigen wird – unzutreffend. Unzutreffend wäre auch die Annahme, dass sich im Urteil der Parteien über

Kirche und kirchliche Interessen widerspiegeln würde, wie willkommen oder wie kontraproduktiv der jeweiligen Partei politische Meinungsäußerungen der Kirche sind. Tatsächlich verhält es sich ganz anders.

### **Untersuchung in vier Punkten**

Als Prüfungsmaßstab für den Vergleich will ich mich auf vier Punkte beschränken: Die Haltung der Parteien zu den Verträgen, die die Landesregierungen mit den Kirchen abgeschlossen haben, zur Kirchensteuer, zum Religionsunterricht und zu den kirchlichen Feiertagen, die der Staat als gesetzliche Feiertage schützt.

Eindeutig ist die Haltung der **CDU** und **CSU**: Sie bejahen die Rechtsstellung der Kirchen, wie sie in den Konkordaten und Staatskirchenverträgen festgeschrieben ist, weil diese Verträge die Rolle der Kirchen als Partner des Staates anerkennen und den Kirchen wesentliche Rechte sichern. Sie bejahen in gleicher Weise uneingeschränkt die Finanzierung der Aufgaben der Kirche durch das Instrument der Kirchensteuer, weil die Kirchensteuer der Selbständigkeit der Kirche und der Erfüllung ihrer Aufgaben dient.

Sie treten dafür ein, dass der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen, der dort in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Kirche erteilt wird, erhalten bleibt. CDU und CSU verteidigen schließlich auch die Beibehaltung der kirchlichen Feiertage als gesetzlich geschützte staatliche Feiertage. Die

Haltung der **SPD** lässt sich nicht so eindeutig kennzeichnen: Zu den Staatskirchenverträgen und Kirchensteuer schweigt die SPD. Sie nimmt dazu allerdings auch nicht dezidiert negativ Stellung. Eigenartig unsicher ist die Position der SPD zum Religionsunterricht: In einzelnen Ländern, in denen die SPD für die Schulpolitik Verantwortung trägt, verhält sie sich loyal zum Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach im Sinne des Grundgesetzes.

Krass anders verhält es sich mit dem Fach „Lebensgestaltung – Ethik – Religion“ (LER) im Land Brandenburg, das dort seit 1996 als Pflichtfach den herkömmlichen Religionsunterricht ersetzt. Der darin liegende Verfassungsverstoß ist zur Zeit Gegenstand von Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht.

Andere SPD-geführte Bundesländer schaffen den Religionsunterricht nicht als Institution ab, sie lassen es aber durch weit überdurchschnittlich hohen Unterrichtsausfall dahin kommen, dass für viele Kinder und Jugendliche der Religionsunterricht faktisch abgeschafft wird. Besonders „geschickt“ macht es die SPD-Kultusministerin in Schleswig-Holstein. Sie hat kurzerhand die Statistik über den Unterrichtsausfall abgeschafft und sich auf diese Weise dem Nachweis ihrer aus dem Grundgesetz und dem Kieler Staatskirchenvertrag folgenden Pflichten entzogen. Bei der Frage der Wiederherstellung des Buß- und Bettages als gesetzlichen Feiertag hat die SPD unmissverständlich ihre ablehnende Haltung deutlich gemacht.

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN** treten für die schrittweise Abschaffung der Kirchensteuer ein. Sie wollen auch die Staatskirchenverträge kündigen und den Religionsunterricht durch einen gemeinsamen religions- und lebenskundlichen Unterricht für alle Kinder ersetzen, „der dem kulturellen Wandel in der Gesellschaft Rechnung trägt“. Das wäre in der Praxis gleichbedeutend mit der Ausdehnung des brandenburgischen Faches LER auf das gesamte Bundesgebiet. Zum Buß- und Betttag als gesetzlichem Feiertag vertreten DIE GRÜNEN die gleiche negative Auffassung wie die SPD:

Die **F.D.P.** hat in ihren bis heute nicht widerrufenen Kirchenthesen („Freie Kirche im freien Staat“) die Aufhebung der Staatskirchenverträge und die Abschaffung aller kirchlichen Rechte aus der Verfassung und den Staatskirchenverträgen, also der Kirchensteuer und des konfessionellen Religionsunterrichts gefordert.

Gerade in einer Zeit rückläufiger Kirchensteuereinnahmen – besonders bedrohlich stellt sich die Lage für die Kirchen in den neuen Ländern dar – dürfte nach meiner Überzeugung vor allem die negative oder unklare Haltung der Mehrheit der Parteien zum Instrument der Kirchensteuer für alle kirchlichen Mitarbeiter von erheblichem Interesse sein.

In dieser Haltung der Mehrheit spiegelt sich eine verbreitete Auffassung in der Bevölkerung wider, die in den letzten Jahren auch von den Ergebnissen der Meinungsforschung bestätigt wurde.

Demgegenüber betonen CDU/CSU die Notwendigkeit der Beibehaltung des bisherigen Systems der Kirchensteuer. Die Kirchensteuer als bewährtes Finanzierungsinstrument kirchlicher Aufgaben schützt nicht nur die Arbeitsplätze der Kirche. Sie sichert ihr Handlungsmöglichkeiten in den weiten Feldern der Diakonie und der Caritas und macht die Kirchen weitgehend unabhängig von anderen Geldgebern.

Ich bin deshalb gewiss, dass diese Auffassung der CDU/CSU auf breite Zustimmung aus dem Kreis der Mitarbeiter und der Mitglieder der Kirchen rechnen darf.



**Zur Geschichte der CDU –  
Wertmaßstäbe des Christentums in der Politik?  
Albrecht Martin**

---

Ob die Wertmaßstäbe des Christentums in die Politik eingeflossen, Entscheidungen beeinflusst haben und für die Geschichte der CDU Bedeutung erlangt haben, das ist eine Frage des Standpunktes. Man kann, wie das der damalige Kirchenpräsident der Kirche in Hessen und Nassau, Martin Niemöller, getan hat, in der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 einen verhängnisvollen Fehler und ein Zeichen der Unbußfertigkeit sehen, und dann wird man Wertmaßstäbe des Christentums in der Politik der CDU nicht wirksam finden. Ist man jedoch anderer Meinung, dann wird man, sofern man selbst Christ ist, jedenfalls keinen eklatanten Gegensatz zwischen Maßstäben des Christentums und praktischer Politik der Union sehen.

Die Einschränkung, dass dieses Urteil nur ein Christ fällen könne, hat darin ihren Grund, dass auch der Nichtchrist die Politik der Union gutheißen kann, ohne aber daran interessiert zu sein, welche sittlichen Maßstäbe dieser Politik Orientierung geben. Wenn es offensichtlich wäre, dass Wertmaßstäbe dieses Christentums die Politik der CDU bestimmten, dann müssten alle Christen Anhänger der Union sein. Da das offensichtlich nicht der Fall ist, hat entweder die Union es nicht vermocht, die Grundlagen ihrer Politik hinreichend deutlich zu machen, oder man ist sich unter den Christen nicht einig

darin, welches denn die politisch relevanten Wertmaßstäbe des Christentums seien.

Wie die neuere Parteiengeschichte in einigen Nachbarländern zeigt, wächst die Neigung, auf den Bezug zum Christentum in Namen und Programm der Partei zu verzichten. Auch in der Union gab es, vor allem im Zusammenhang mit der Neuformulierung des Grundsatzensprogramms, Überlegungen in diese Richtung und von politischen Gegnern der Union wird seit jeher das Recht zu der Bezeichnung als „christlich“ bestritten. Dass CDU und CSU nicht nur beim Namen blieben, sondern sich in ihren Programmen ausdrücklich auf das christliche Menschenbild beziehen, hat in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft Bedeutung, der nachzugehen sich lohnt.

### **Gotteskindschaft – Menschenwürde**

Der Christ weiß etwas von der Gotteskindschaft des Menschen, die Verfassung spricht von der Würde des Menschen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu sichern und zu fördern ist Ziel allen staatlichen Handelns“. Wirksam wird dieser Verfassungsgrundsatz auf allen möglichen Gebieten; es handelt sich um die Würde, nicht um einen eventuellen gesellschaftlichen Wert. Dieser Grundwert kann durchaus mit anderen Werten in Konflikt geraten. Sehe ich z.B. das Leben als der Güter höchstes an, dann werde ich bei der Entnahme von Organen zur Transplantation zur Rettung von Menschenleben geringere Skrupel haben: Oder ich kann das Selbstbestimmungsrecht des Menschen und seinen Schutz vor

schweren Belastungen als wesentlichstes Merkmal der Menschenwürde ansehen, dann werde ich leichter einer Fristenlösung zustimmen.

Zur Würde des Menschen gehört, dass er verantwortlich ist. Das gilt ja nicht nur in seinem Verhältnis zu Gott, sondern ganz gewiss auch für sein Dasein innerhalb der Gemeinschaft, für seine Existenz als Bürger. Staatliche Ordnung, d.h. aber die Gesetzgebung, muss daher den Menschen in seiner Verantwortlichkeit, ernstnehmen. Lasse ich ihn in großer sozialer Not, dann kann das seine Würde verletzen, mache ich ihn zum Objekt umfassender staatlicher Fürsorge, dann verletzt das auch seine Würde. Es ist leicht einzusehen, dass das erhebliche Konsequenzen für die gesamte Sozialordnung hat. Im Strafrecht kann die Würde des Menschen tangiert sein, wenn eine Tat nur als Ergebnis gesellschaftlicher Unzulänglichkeiten erscheint und die Verantwortung des Täters nicht mehr in den Blick kommt.

Der Mensch ist nicht vollkommen, sondern im Gegenteil zum Bösen fähig und bereit. Und wenn er nicht ausgesprochen böse handelt, so irrt er doch oft und bewirkt dann Unvollkommenes oder gar Schlimmes. Jede gesellschaftliche oder staatliche Ordnung, die das außer acht lässt und sich zum Ziel eine vollkommene Welt setzt, ist daher unannehmbar. Also muss eine Ordnung, die von diesem Menschenbild ausgeht, Instrumente vorsehen und bereithalten, die Irrtümer möglichst vermeiden und Möglichkeiten zur Korrektur eröffnen, also: frei gewählte Parlamente, Gewaltenteilung, freie Presse

und unabhängige Gerichte. Solche Einrichtungen arbeiten oft umständlich und im Ergebnis manchmal unbefriedigend, aber man soll sehr vorsichtig damit umgehen.

Lebhaft erinnere ich mich an ein Gespräch mit dem langjährigen Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmeier, in dem er die drei hervorragenden Ziele deutscher Politik in ihrer Rangfolge und in ihrer Zuordnung zueinander umriss: Freiheit, Friede, Einheit. Auch da wird von Christen gefragt: Ist nicht der Friede als Voraussetzung des Lebens der Freiheit vorgeordnet? Aber es ging ja nicht um eine Alternative Frieden oder Freiheit, sondern immer nur um den Frieden in Freiheit, und beides zu gewährleisten, war Inhalt und Ziel der Sicherheitspolitik der CDU.

Nun hat man, besonders zu Zeiten entsprechender sowjetischer Initiativen, gefragt, ob die Union – und besonders Kanzler Adenauer – nicht zu starr die Bewahrung der Freiheit im Auge gehabt habe, und zwar die Freiheit im Sinne der westlichen Demokratien, dass darüber möglicherweise die Chance der Einheit verspielt worden sei; man denkt z.B. an die Stalin-Note vom März 1952. Aber das ist ja nun damals wie heute die Frage, und sie wird uns Deutschen durch die eigene Geschichte in diesem Jahrhundert besonders bedrängend nahegelegt, – es ist die Frage, ob man hinsichtlich der Bewahrung der Freiheit auch nur das geringste Risiko eingehen darf. Jedenfalls halte ich es für höchst gefährlich, bei der Beurteilung der großen totalitären Ideologien unseres Jahrhunderts von den von ihnen praktizierten Herrschaftsstrukturen abzusehen und andere

Maßstäbe gelten zu lassen. Es ist doch eine immer wieder bestätigte Erfahrung, dass dort, wo die Freiheit des Menschen durch ein politisches System beschädigt wird, sich auch sogenannte soziale Er rungenschaften sehr bald als Danaergeschenke erweisen. Diese Erfahrung wird ein Politiker, der sich an den Wertmaßstäben des Christentums zu orientieren sucht, sehr wohl beachten.

### **Zusammenarbeit der Konfessionen**

Im Gedanken der Zusammenarbeit der beiden Konfessionen gingen die Politiker den Vertretern der Kirchen weit voran. Es ist sehr zu fragen, ob ohne die Union wir in Deutschland in der Ökumene so weit wären, wie wir sind. Jedenfalls ist es interessant zu sehen, dass auf der Ebene der Gemeinden das Verhältnis zwischen den beiden Konfessionen meist erfreulich sich gestaltet, während man sich in der Frage der Lebensunterschiede kaum nähergekommen ist. In den Zusammenhang mit der Bedeutung christlicher Wertmaßstäbe für politisches Handeln gehört jedenfalls auch diese Erfahrung.



## **Christsein im 21. Jahrhundert**

**Karin Wolff**

---

Deutschland ist kein laizistischer Staat. Staat und Kirche sind wohl zu unterscheiden, aber sie stehen sich nicht neutral gegenüber. Der Staat ist nicht neutral, denn er muss seine Herkunft, die Prägungskräfte kennen, die ihn zu dem gemacht haben, was er ist.

Im christlichen Verständnis vom Menschen steckt eine wesentliche Wurzel für unsere Demokratie, die geprägt ist durch die Menschenrechte, den Rechtsstaat und die Gewaltenteilung.

### **Das Verhältnis von Kirche und Staat mitgestalten**

Unnachahmlich und bis heute in ihrer Prägnanz eindrucksvoll und bleibend formuliert es die amerikanische Unabhängigkeitserklärung: "Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; dass zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten ..." In ähnlicher Weise leiten die wesentlichen Staatstheoretiker des 18. Jahrhunderts die zentralen Elemente der Demokratie aus christlichem Glauben ab.

Nicht zuletzt aus diesem Grund bietet der Staat im Rahmen der Religionsfreiheit den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen an – eben, um die Wurzeln der eigenen Kultur kennenzulernen und eine eigene Einstellung zu Sinn und Glauben gewinnen zu können. Ein bedeutender Staatsrechtler der Gegenwart, Professor Böckenförde, stellt uns darüber hinaus die Frage, "ob nicht auch der säkularisierte weltliche Staat letztlich aus jenen inneren Antrieben und Bindungskräften leben muss, die der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt."

Auch die Kirche ist nicht neutral. Bei allem Ärger über manche steile These aus dem Raum der Kirche, bei mancher Verletzung über Äußerungen im politischen Tagesgeschäft oder auch die Auseinandersetzungen im Rahmen der Friedensdiskussion bleibt: Die Gemeinde Jesu Christi lebt in dieser Welt, ist aber nicht von dieser Welt, wie Christus auch. Es gelten daher die Maßstäbe von Gottes- und Nächstenliebe, die Maßstäbe der Gerechtigkeit und die Maßstäbe, die die Würde des Menschen setzt, oftmals schärfer, ohne taktische Rücksicht. Insoweit bleibt Kirche immer auch ein Gegenüber zum Staat, sofern sie seine Grundfunktionen kennt und respektiert.

Indem beide nicht neutral sind, sondern aufeinander einwirken, müssen sich Staat und Kirche aber unterscheiden. Man kann sie nicht trennen, doch haben sie ihren eigenen Auftrag. Ich will das nur andeuten in zwei biblischen Worten: Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat (Röm 13).

Der Christ als Staatsbürger ist eingebunden. Er ist es dem Ganzen schuldig, dass er das Recht einhält, damit nicht ein jeder glaubt, sich sein Recht selbst verschaffen zu können. Nicht nur dieses: der Kirchenpräsident der EKHN hat kürzlich in einer Predigt über Röm 13 ausgerufen: "Zahlt Steuern!" Leistet also den Euch zugemessenen Beitrag dazu, dass der Staat seine Friedensfunktion erfüllen kann, indem er Recht schafft und durchsetzt sowie den sozialen Frieden im Gleichgewicht hält!

Der Glaube sagt allerdings mit Apg 5 auch: Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen. Darin steckt ein Absolutheitsanspruch, der eine gewisse Distanz zum Staat erzeugen kann, ohne dass sich der Gläubige dem Gesetz des Staates folgenlos entziehen kann.

### **Toleranz fördern**

Ich will zu einem Begriff kommen, den zu klären ich für die geistige Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft, in Kirche und Staat, für wichtig halte: den der Toleranz.

Dieser Begriff wird in der öffentlichen Diskussion leider unreflektiert, oft völlig falsch verwendet und damit großer Schaden angerichtet. Viele verstehen darunter, jeder solle nach seiner Facon selig werden – es brauche aber keinen anderen so recht zu interessieren. Eigentlich ist es egal, was der andere denkt und glaubt. Ich habe den Eindruck, dass in Kirche wie Staat vielen gleichgültig wird,

was geschieht: In den Kirchen "läuft manche Nische neben der anderen her", ohne sich gegenseitig wahrzunehmen, zu kennen oder nur zu wissen, warum sie beide zur Gemeinschaft der Kirche gehören. Kirchliche Gremien scheinen sich wiederum nicht mit diesen, sondern nur noch mit dem Sparen beschäftigen zu können.

Im Bereich des Staates verlieren immer mehr Menschen das Vertrauen in dessen Lösungskompetenz für die wesentlichen Zeitfragen – und zu viele regen sich über nichts mehr auf, sondern resignieren und schalten ab. Resignation, Gleichgültigkeit und Desinteresse sind aber das genaue Gegenstück zu echter Toleranz. Wo Leere und Gleichgültigkeit sich ausbreiten, da füllt sogleich ein neues, im Zweifel dubioses und totalitäres Angebot dieses Vakuum.

Wer sich aus dem begründeten Urteil ausklinkt, wer sich nicht mehr auseinandersetzt, verliert auch den Konsens in einer Gesellschaft. Wer nicht mehr weiß, dass ein anderer anders ist und inwiefern, kennt dessen Position nicht und daher manchmal auch nicht die eigene.

Echte Toleranz – und das sei auch einigen in unseren Kirchen gesagt, die die multikulturelle Gesellschaft als ein unverbindliches Zusammenleben ohne Anspruch auf Unterscheidung betrachten – setzt eine eigene Identität und das Wissen um die Andersartigkeit des Anderen voraus. Ich gehe noch weiter: Wer die Andersartigkeit eines Gegenübers nicht zur Kenntnis nimmt und nur unbestimmt

”toleriert”, verweigert dem Anderen den schuldigen Respekt und hat wahrscheinlich auch die eigene Identität nicht geklärt.

Von hier aus lassen sich m.E. einige Aufgaben für den EAK beschreiben:

- Es ist an uns, immer neu deutlich zu machen, dass die Religionsfreiheit des Art. 4 etwas ermöglichen und nicht verhindern will (vgl. Kruzifix-Debatte oder die aktuelle Kreuzdiskussion im Hessischen Landtag)
- Identität setzt eine – auch religiöse – Sozialisation voraus. Daher muss der EAK darüber wachen, dass der Religionsunterricht an den Schulen erteilt wird und Kenntnisse über die eigene Kultur wie auch das Angebot christlichen Glaubens vermittelt; mehr als ein Angebot mit der Freiheit der Antwort kann er nicht sein, aber auch nicht weniger.
- Zur menschlichen Identität gehört es, zwar keine Fehler machen zu wollen, sie aber dennoch immer wieder zu machen und damit leben zu müssen. Es ist wichtig, dass wir diesen Teil des Menschenbilds festhalten und warnen vor denen, die als politische oder scheinreligiöse Ideologen behaupten, der neue Mensch in der neuen, irdischen Welt sei fehlerfrei (in der Regel unter der Herrschaft der betr. Gruppe).
- Christliche Identität weiß sich verantwortlich vor Gott und den Menschen; diese Aussage wurde aus der geschichtlichen Erfahrung heraus in die Präambel unseres Grundgesetzes geschrieben. Es dürfte dem EAK auch gut anstehen, immer neu daran zu erinnern, dass damit eine gewisse Bescheidenheit verbunden ist:

Es gibt nur einen Herrn – alles andere ist Dienst untereinander und nicht Machtausübung per se!

## **Übernahme von Funktionen**

Ich weiß, dass ich provoziere, aber ich meine, wir könnten in einem anderen als dem üblichen und von uns zu recht kritisierten Sinne "Selbstverwirklichung" als Aufgabe unserer Zeit bezeichnen: Gemeint ist damit der Prozess der Identitätsbildung, der Persönlichkeitsbildung mit Kompetenzerwerb und der Bereitschaft, ein aktiver Bürger zu sein, der sein menschliches Vermögen einbringt in die Gemeinschaft, in der er lebt.

Der Staat hat dabei die Aufgabe, dem Bürger die grundlegende Bewegungsfreiheit und die Verlässlichkeit des Rechtsstaats zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass er ihn nicht hemmt, indem er glaubt, ihm alles abnehmen zu müssen; damit überschreitet er seine Aufgaben. Wer sich im Fundament sicher weiß, der verspürt die Freiheit der Entfaltung als Freude und ist bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Insoweit sollten wir Christen in unserer Partei ermuntern, sich auch der Übernahme von Funktionen zu stellen; ebenso sollten die Kirchen ihre Gemeindeglieder ermutigen, verantwortliche Positionen an Gerichten, in Kliniken, in Verbänden und Unternehmen wie auch in der Politik zu übernehmen. Es ist ein Missverständnis, dass man

sich durch Fernhalten von sog. Machtpositionen eine "weiße Weste" bewahren könnte!

Ich meine also: Das Ende der falschen Toleranz, der Gleichgültigkeit, besteht im Erwerb von Kenntnissen, in der Auseinandersetzung, auch dem Streit über die Dinge; darüber nur kann wohl ein neuer gesellschaftlicher "Basiskonsens" entstehen. Und nur aus einer Identität entsteht die Freiheit, wirkliche Toleranz üben zu können.

Es wird für Kirche und Staat viele gemeinsame Themen geben, am notwendigen Ringen um die zentralen Fragen teilzunehmen – vielleicht kann der EAK gleichsam ein Katalysator im Gespräch sein. Die gemeinsamen Themen ergeben sich überall dort, wo es um die Würde des Menschen geht: um die Subsidiarität im Sinne der Nicht-Bevormundung des Menschen, um die Erziehung der jungen Menschen, um das Verhältnis der Generationen zueinander, um die Fragen von Behinderung und Gentechnologie sowie den Umgang mit werdendem und sterbendem Leben. Es wird Zeit, dass wir uns wieder richtig auseinandersetzen, damit in unserem Staat und unserer Kirche der Konsens wieder wächst.



## **Evangelische Christen in der Verantwortung**

**Dr. Ingo Friedrich**

---

Das Christentum gehört zum kulturellen Erbe Europas: Seit vielen Jahrhunderten prägen Kirche und Religion Staat, Gesellschaft und Geistesleben in Bayern, Deutschland und Europa. Wichtige geistige Grundlagen unseres Gemeinwesens wären ohne die Anstöße durch das Christentum undenkbar. Das segensreiche Wirken der Kirchen in unserem Land und in vielen Teilen der Welt, das großartige Beispiele von Zivilcourage zeigt, verdient Anerkennung und Respekt.

Auch wenn wir in einer pluralistischen Gesellschaft und einem weltanschaulich neutralen Staat leben, darf unser Gemeinwesen nach Meinung der Christlich-Sozialen Union nicht wertneutral sein. Prinzipienlosigkeit ist keine geeignete Grundlage unseres Staates. Christliche Grundwerte sind unverzichtbar. Die Erfahrung einer freien Gesellschaft zeigt, dass sich ein ethischer Konsens nicht verordnen lässt. Aber diese Erkenntnis darf kein Freibrief sein für ethische Gleichgültigkeit und Beliebigkeit. Christen sind auch zu Beginn des 3. Jahrtausends nach Christi Geburt in besondere Weise aufgerufen, jeder Infragestellung dieses Bestandes an gemeinsamen Wertvorstellungen und jeder Gefährdung der Grundlagen unseres Staates mit Nachdruck entgegenzutreten. Gerade eine plurale Gesellschaft braucht stabilisierende Kräfte.

Der Evangelische Arbeitskreis der CSU versteht sich als eine solche stabilisierende Kraft unserer Gesellschaft. Er betrachtet es deshalb als seine besondere Aufgabe, sich der ethischen Verantwortung für unseren demokratischen Staat zu stellen und Politik aus christlicher Grundüberzeugung zu gestalten.

Drei Beispiele aus unserer aktuellen Arbeit sollen diesen Einsatz des EAK der CSU verdeutlichen:

### **1. Die christlich-abendländische Werteordnung als Leitkultur – Die Bayreuther Erklärung des EAK der CSU vom 17. Juni 2000**

„Die christlich-abendländische Werteordnung muss auch künftig Leitkultur in Deutschland und Europa bleiben. Unser gemeinsamer Wertekodex sind unsere christlichen Wurzeln, die wir nicht zur Disposition stellen dürfen. Sie sind die Grundlage unseres Gemeinwesens, unseres demokratischen Rechtsstaats und des Prinzips der Subsidiarität, also der Verantwortung des Einzelnen. Die Stärke Europas und Deutschlands liegt in ihrer durch Kultur, Tradition und regionalen Gegebenheiten entstandenen Vielfalt und einem gemeinsamen christlichen Erbe begründet.

Im Bewusstsein dieser Verantwortung fordert der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CSU:

- *Auch in Zukunft müssen die christlichen Feiertage geachtet werden. Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft werden deshalb aufgefordert, die in diesem Jahr praktizierte Öffnung der De-*

*visen- und Aktienbörsen an Himmelfahrt und Pfingsten wieder rückgängig zu machen. Ausdrücklich begrüßt der EAK die klare Haltung der Bayerischen Landeskirche in dieser Frage.*

- *In einem zukünftigen europäischen Verfassungsvertrag müssen die christlichen Wurzeln des europäischen Kulturkreises festgeschrieben werden. Sie bilden das ideengeschichtliche Fundament Europas.*
- *Die in Deutschland erfolgreich entwickelte Soziale Marktwirtschaft ist unser Modell auch für die kommende globale Internet-Wirtschaft. Dieses Modell verbindet wie keine andere Wirtschaftsordnung Eigenverantwortung mit Solidarität, Leistung und sozialem Ausgleich, Wettbewerb mit Fairness.*

Der Evangelische Arbeitskreis sieht auch im neuen Jahrhundert seine vornehmliche Aufgabe darin, eine Brückenfunktion zwischen den Christen in der Evangelischen Kirche, den Mandatsträgern und den engagierten Mitgliedern der CSU wahrzunehmen und diese zu ermutigen, verstärkt Verantwortung in der Evangelischen Kirche zu übernehmen.“

## **2. Die Verankerung des „geistig-religiösen Erbes“ Europas in der Europäischen Grundrechtecharta – ein Erfolg unserer Politik für das „C“**

Die politische und wirtschaftliche Einigung Europas ist das erfolgreichste politische Projekt in der Geschichte unseres Kontinents. Europa hat das ursprüngliche Ziel der Friedenssicherung weitgehend erreicht. Nun muss es auch Antworten geben auf die Frage nach seiner künftigen politischen Gestalt. In der europäischen Einigung liegt die große Chance, die europäische Wertegemeinschaft dauerhaft zu festigen. Der Europäischen Grundrechtecharta kommt dabei eine zentrale Rolle zu.

Unter der Leitung von Altbundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog wurde die Charta von einem 62-köpfigen Konvent erarbeitet. Dieser bestand aus 16 Mitgliedern des Europäischen Parlaments, zu denen auch ich gehörte, 15 Regierungsbeauftragten der Mitgliedstaaten und 30 Abgeordneten der nationalen Parlamente sowie einem Vertreter der Europäischen Kommission. Innerhalb eines dreiviertel Jahres hat der Konvent einen überzeugenden Entwurf erarbeitet.

Der „Mehrwert“ der neuen Charta für die Bürger besteht in der übersichtlichen Zusammenfassung von bestehenden Rechten gegenüber den Organen der Europäischen Union. Die Vielzahl der Verfassungsbeschwerden beim deutschen Bundesverfassungsgericht zeigt, wie wichtig es für die Bürgerinnen und Bürger ist, sich auf persönliche Grundrechte berufen zu können, und wie viel Vertrauen sie in diese Garantien setzen. Darüber hinaus gibt die Charta auch

ein klares Signal an die Beitrittskandidaten. Sie macht Ihnen deutlich, dass sich die EU nicht nur auf die wirtschaftlichen Aspekte beschränkt, sondern auch eine Wertegemeinschaft bildet.

Die Charta verlagert keine neuen Kompetenzen auf die europäische Ebene. Neben einer Generalklausel (Art. 51) wird bei allen wichtigen Artikeln auf den Vorbehalt nationaler Regelungen verwiesen. Nach harten Diskussionen mit erbitterten Widerständen ist es am Ende gelungen, das „geistig-religiöse Erbe“ Europas in der Präambel der Charta zu verankern. Ein weiterer Erfolg ist die Festschreibung des neuen Grundrechts auf „Unternehmerische Freiheit“. In einigen Teilen ist die Charta auch moderner als das deutsche Grundgesetz, weil sie neue Bereiche wie z.B. Gentechnik und Datenschutz durch ein ausdrückliches Verbot des reproduktiven Klonens von Menschen sowie detaillierte Datenschutzbestimmungen aufnimmt.

Die Charta wurde am 8. Dezember 2000 in Nizza vom EU-Parlament, vom Rat und der Europäischen Kommission feierlich proklamiert. Damit ist die Charta noch nicht rechtsverbindlich. Um dies zu werden, muss sie von den 15 nationalen Parlamenten ratifiziert werden.

Um die Verantwortlichkeiten in Europa deutlicher zuschreibbar zu machen, sollte in einem europäischen Verfassungsvertrag neben der Grundrechtecharta auch eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der europäischen und der nationalen Ebene enthalten sein. Zusätzlich sollte die Chance einer grundlegenden Überarbeitung

und Vereinfachung des bestehenden Vertragswerks genutzt werden. Diese Vorhaben würden die europäische Integration wieder stärker strukturieren und die Zustimmung der Bürger zu Europa würde wieder wachsen.

### **3. Ehe ist Lebenspartnerschaft von Mann und Frau**

Für die CSU als Partei, die auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes basiert, hat der Verfassungsauftrag des besonderen Schutzes von Ehe und Familie, wie er in Art. 6 des Grundgesetzes verbürgt ist, grundlegende Bedeutung. Daraus folgt, dass sich der Staat aktiv um den Schutz und die Förderung von Ehe und Familie als Keimzellen einer zukünftigen Gesellschaft kümmern muss.

Durch die von der rot-grünen Bundesregierung geplante „eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft“ wird das durch die Verfassung besonders geschützte Institut der Ehe entwertet. Nach dem rot-grünen Gesetzentwurf sollen weit über 100 Gesetze zugunsten homosexueller Partnerschaften geändert werden, darunter zentrale Bereiche wie das Miet-, Steuer- und Erbschaftsrecht, Unterhalts- und Versorgungsansprüche sowie beamten- und ausländerrechtliche Bestimmungen. Auch wenn es der Begriff verheimlichen soll ist offensichtlich, dass damit die geplante „eingetragene Lebenspartnerschaft“ der Ehe faktisch gleichgestellt werden soll.

Als Christen schreiben wir niemanden vor, wie er zu leben hat. Für den EAK der CSU steht fest, dass auch in homosexuellen Beziehungen Werte wie z. B. Fürsorge, Treue, Vertrauen und Partner-

schaft, gelebt werden können, die für unsere von Individualismus und Anonymität geprägte Gesellschaft von Bedeutung sind.

Minderheitenschutz bedeutet für den EAK die Beseitigung von Diskriminierungen, nicht aber die Verschaffung identischer Leistungsrechte. Die finanziellen Ressourcen für Familien sind knapp genug. Sie künftig unter weiteren Gruppen zu verteilen würde bedeuten, dass Art. 6 GG endgültig eine „Hülle ohne Inhalt“ würde.

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CSU fordert daher:

- *vorhandene Diskriminierungen abzubauen, ohne den besonderen Charakter der Ehe, die heterosexuellen Paaren, also Mann und Frau, vorbehalten bleibt, zu gefährden;*
- *Bayerische Staatsregierung, CSU-Landtagsfraktion und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, alle politischen und rechtlichen Mittel – einschließlich einer Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht – auszuschöpfen, um das Inkrafttreten des Gesetzentwurfes über eine „eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft“ zu verhindern;*

Der EAK der CSU begrüßt ausdrücklich die klare Stellungnahme der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Verlässlichkeit und Verantwortung stärken“ und die Beschlüsse der evangelischen Landessynode in Weiden zum „Leitbild Ehe“. Auf dieser ethischen Grundlage fordern wir alle gesellschaftlich-relevanten Gruppen – insbesondere die Kirchen – auf, verstärkt in die aktuelle öffentli-

che Diskussion einzugreifen und sich massiv für die Beibehaltung des besonderen Stellenwertes von Ehe und Familie einzusetzen.

### **Das christliche Menschenbild –**

### **Als Ordnungsprinzip für Staat und Gesellschaft aktueller denn je!**

Geschichte und Kultur in Deutschland und Europa sind vom Glauben und der christlichen Sicht des Menschen und seiner Stellung in der Gesellschaft zutiefst geprägt. **Diesem Erbe müssen wir treu bleiben.** Wenn die Christen und die Kirche auch im Deutschland und Europa der Zukunft Zeichen der Hoffnung bleiben wollen, dann müssen wir die Freude am Glauben, die Freude an der in Christus geschenkten Zukunft wieder neu entdecken. Wie könnten wir Christen in einer Welt voller Aufgaben und Fragen unseren Beitrag zu einer menschenwürdigen Gesellschaft leisten, wenn wir mutlos und ängstlich wären? Mit allen, die sich in unserem Land der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gerechtigkeit und Solidarität verschrieben haben – entschieden und nüchtern, voller Tatkraft und mit Bedacht – wird die Christlich-Soziale Union danach streben, den richtigen Weg in die Zukunft zu finden und zu beschreiten. Das christliche Menschenbild ist in Europa als Ordnungsprinzip für Staat und Gesellschaft aktueller denn je!

## Politische Verantwortung aus dem christlichen Glauben heraus

Erich Schneider

---

Mein persönlicher Leitsatz für die politische Arbeit:

***Als Christ trage ich nicht nur Verantwortung für mich selbst, für meine Familie und im beruflichen Bereich, sondern auch für die Gestaltung der Politik, die mir und meinen Mitmenschen dienen soll.***

### Meine Verantwortung

Wie ist das überhaupt mit dem „Verantwortung übernehmen“? Wir alle tragen doch in irgend einer Form Verantwortung. Wenn wir an Gott glauben, tragen wir zunächst, jeder für sich ganz persönlich, ihm gegenüber Verantwortung für unser Leben. Aber auch Verantwortung für die Familie, für unser Geschäft, für unseren Beruf und für diejenigen, die uns in irgend einer Weise anvertraut sind.

In der Regel wird ein solches Verantwortungstragen nicht als Last, sondern als eine große und schöne Aufgabe empfunden. Nicht viel anders verhält es sich im Bereich der Politik. Der Unterschied liegt jedoch wohl darin, dass man sich der politischen Verantwortung mehr oder weniger entziehen kann.

Es gibt in unserer Demokratie nur ganz wenige Vorschriften, die uns zwingen würden, politische Verantwortung zu übernehmen. Selbst zu Wahlen und Abstimmungen kann bei uns niemand gezwungen werden. Und doch gehen unser Grundgesetz und auch die Landesverfassung davon aus, dass jeder Bürger dazu berufen ist, politische Verantwortung in seinem Bereich und mit seinen Fähigkeiten zu übernehmen.

Ich kann es nicht besser sagen als unsere Baden-Württembergische Verfassung, wo es in Artikel 1 heißt: „Der Mensch ist berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in Freiheit und in der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes zu seinem und des andern Wohl zu entfalten.“

Was auch immer die Väter der Verfassung mit der „Erfüllung des christlichen Sittengesetzes“ gemeint haben, wir sollten als gläubige Christen diese Berufung sehr ernst nehmen.

### **Persönliche Erfahrungen**

Als 17jähriger Lehrling auf einem schwäbischen Rathaus in einer ländlichen Gemeinde, habe ich meine erste Bekanntschaft mit der Politik gemacht. Auf dieser kleinen, überschaubaren örtlichen Ebene einer Gemeinde kann man fast alle Höhen und Tiefen menschlichen Daseins erleben, kann erfahren, wo den Bürger der Schuh drückt und einüben, wie man Not lindert, sowie ungute und ungerechte Verhältnisse verbessert.

Ein halbes Jahrhundert stehe ich nun in den verschiedensten Bereichen hauptamtlich und ehrenamtlich in öffentlichen Diensten. Baden-Württemberg und seinen Bürgern durfte ich 20 Jahre als hauptamtlicher Bürgermeister in der Gemeinde Burgstetten, 18 Jahre als Kreisrat im Rems-Murr-Kreis und 24 Jahre als Abgeordneter im baden-württembergischen Landtag, davon fast zehn Jahre als Präsident, dienen. Als ich vor einigen Jahren aus der aktiven Politik abschied, empfand ich trotz aller Spannungen, Mühen und Plagen, welche die politische Arbeit mit sich brachte, große Dankbarkeit.

Dankbar auch deshalb, weil ich immer wieder spüren durfte, wie sehr die Menschen unserer heutigen Gesellschaft Christen brauchen, die schlicht und einfach in der Politik aus der Verantwortung heraus versuchen, die richtigen Entscheidungen zu treffen und Verhältnisse zu verbessern, dort wo sie sich verbessern lassen. Viele Männer und Frauen, die aus christlicher Verantwortung Politik gemacht haben, sind mir in den letzten Jahrzehnten begegnet. Als besonderen väterlichen Freund habe ich unseren verstorbenen früheren Kultusminister, Prof. Wilhelm Hahn, der auch lange Jahre stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK war, schätzen gelernt. Er war mir ein großes Vorbild. Solche politischen Vorbilder habe ich noch eine ganze Reihe auf Bundes- und Landesebene, insbesondere im EAK gefunden. Es gehört zu meinen schönsten Erfahrungen, mit gleichgesinnten gläubigen Christen Politik zu machen. Das „C“ in unserer Partei ist und bleibt für mich die entscheidende Herausforderung zu politischer Tätigkeit.

Um jungen Menschen die Chance politischer Entfaltung zu bieten, habe ich nach 24 Jahren nicht mehr für das Landesparlament kandidiert. In einem großen Sozial- und Bildungswerk, nämlich dem Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD) trage ich nun seit rund 8 Jahren als Vorsitzender des Präsidiums Verantwortung für etwa 150 Einrichtungen in ganz Deutschland mit über 8000 Beschäftigten. Wir engagieren uns in sehr unterschiedlichen Arbeitsbereichen. Unser Anliegen ist es, jungen Menschen zu helfen. Vor allem Schwachen und Benachteiligten bieten wir entsprechende Entwicklungschancen durch Bildung und Ausbildung. „Keiner darf verloren gehen“ ist der Slogan unseres Werkes. Ich sehe diese Aufgabe als direkte Fortsetzung meiner politischen Arbeit, auch wenn sie jetzt im diakonischen Bereich geschieht.

### **Alles durch Liebe**

„Tout par amour, rien par force“ schrieb im 17. Jahrhundert ein Adelliger in das Gästebuch eines Königs. „Alles durch Liebe, nichts durch Gewalt“. Ein Wort aus dem Jahrhundert, in dem der 30jährige Krieg in Deutschland wütete. Was wäre uns erspart geblieben, wenn dieses Wort in die deutsche Politik Eingang gefunden hätte. Es wären uns zwei Weltkriege und unsägliches menschliches Leid erspart geblieben. Ich meine deshalb, das größte und schönste Gebot, wie es Jesus Christus selbst genannt hat, ist das Gebot der Nächstenliebe. Daraus leitet sich insbesondere mein Verantwortungsbewusstsein, meine Motivation zum Handeln und mein Verhalten auf allen politischen Feldern ab.

## **Die Würde des Menschen**

Wenn ich meinen Nächsten lieben möchte, wie mich selbst, dann muss ich zu aller erst erkannt haben, dass er die gleiche Würde besitzt wie ich. Es ist die Erkenntnis, dass nicht nur ich, sondern auch jeder Mitmensch, ob arm oder reich, ob angesehen oder verkommen, ob krank, behindert oder gesund, ob schwarz, weiß oder farbig, Ebenbild Gottes ist und von dort seine Würde bezieht. Diese Würde darf nach dem Grundgesetz von niemandem angetastet werden. Diese persönliche Partnerschaft mit Gott bestimmt ganz entscheidend mein Verhältnis zu jedem Mitmenschen, dem Gott dieselben Vorrechte eingeräumt hat.

Ich verstehe mein Leben und damit auch meine politische Tätigkeit als Engagement zur Weitergabe der von Gott empfangenen Liebe an meine Mitmenschen. Sollte ich das Liebesgebot verletzen, bleibt mir nur der Weg, bei Gott und den betroffenen Menschen um Vergebung zu bitten.

## **Der schuldige Mensch**

Wenn von Schuld die Rede ist, dann muss ich klar sagen: wir Christen laden nicht nur Schuld auf uns, wenn wir als Politiker tätig sind, sondern auch dann, wenn wir uns um eine solche Aufgabe drücken.

Ich gebe zu, dass im politischen Alltag für einen Christen sehr schwierige Situationen entstehen können und gemeistert werden

müssen. Wer gewählt werden will, muss nun einmal seine eigenen – persönlichen und parteilichen – Leistungen herausstellen, um bei den Leuten anzukommen. Einen anderen Weg, an die Schalthebel der Macht zu gelangen, gibt es bekanntlich in einer Demokratie nicht. Und nur, wer an der Macht ist, kann überhaupt etwas ausrichten. Wobei Macht natürlich nicht als etwas Negatives, Schlechtes verstanden werden darf. Die Macht führt niemals zu Missbrauch, wenn ich mein politisches Geschäft als einen Dienst auffasse.

Dienst an meinem Nächsten, an meinem Volk, aber eben auch Dienst für Gott. Hier darf sehr wohl das Wort aus 1. Korinther 9,19 wegweisend sein. Es heißt dort: „Denn wiewohl ich frei bin von jedermann, habe ich doch mich selbst jedermann zum Knechte gemacht, auf dass ich ihrer viele gewinnen“.

Natürlich weiß ich, wie sehr das Machthaben auch für Christen zur Gefahr werden kann. Wie sich Politiker, wenn sie an der Futterkrippe sitzen, gerne selbst zuerst bedienen. Das alles ist menschlich und ähnliches soll ja auch in christlichen Familien und Geschäftshäusern vorkommen.

Generalisieren, verallgemeinern oder einfach unter den Teppich kehren, dürfen wir aber im politischen Leben genau so wenig wie in anderen Bereichen. Wir müssen Schuld und Sünde beim Namen nennen, versuchen, mit Gottes Hilfe sie auszumerzen und unseren Heiland demütig um Vergebung bitten.

Der Mensch hat sich schuldhaft von Gott abgewendet. So entstand auch das Böse in der Gesellschaft. Nur dadurch, dass Gott in der Person von Jesus Christus für diese Schuld starb und auferstand, ist Erlösung von dem Bösen möglich. Im Verhältnis zu meinen Nächsten muss ich sagen, ein Christ verurteilt zwar die „Sünde“, aber nicht die „Sünderin“ oder den „Sünder“.

Außer der gesetzlich geregelten Gerichtsbarkeit halte ich die Verurteilung von Mensch zu Mensch für falsch. Sie widerspricht dem Gebot Jesu in der Bergpredigt (Matthäus 7): „Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet ... und mit welcherlei Maß ihr messet, werdet auch ihr gemessen werden.“

### **Die Zukunft des christlichen Abendlandes**

Wenn wir die großen Herausforderungen und den raschen Wandel der Zeit als Einzelner und als Gesellschaft bewältigen wollen, ist die Erkenntnis wichtig, dass der Mensch die Gemeinschaft und die Gemeinschaft den einzelnen Menschen braucht. Und wenn gefragt wird, ob die abendländische christliche Ethik noch für das 21. Jahrhundert taugt, dann sage ich, ja sehr wohl.

Alexander Solschenizyn stellt mit Recht fest: „Wenn der Staat und die Parteien nicht auf der Moral aufbauen, dann hat die Menschheit keine nennenswerte Zukunft“.

Christen sind Hoffnungsträger und zur Gestaltung des 21. Jahrhunderts aufgerufen. Ich habe die feste Hoffnung, dass das christliche Abendland in einem vereinten, friedvollen und christlichen Europa seine Fortsetzung findet.

## Unsere Autoren:

**Jochen Borchert**, geb. 1940, Bundesminister a.D. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, CDU-Bundestagsabgeordneter, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bochum

**Dr. Ingo Friedrich**, geb. 1942, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, stellvertr. CSU-Vorsitzender, stellvertr. EAK-Bundesvorsitzender, Gunzenhausen

**Hermann Gröhe**, geb. 1961, CDU-Bundestagsabgeordneter, Rechtsanwalt, Mitglied im Rat der EKD, beratendes Mitglied im EAK-Bundesvorstand, Neuss

**Dieter Hackler**, geb. 1953, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages, stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender, Bonn

**Dr. Fritz Hähle**, geb. 1942, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, Dresden

**Christine Lieberknecht**, geb. 1958, Landtagspräsidentin Thüringens, Mitglied der EKD-Synode, Mitglied in der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende, Erfurt

**Dr. Ulrich Mann**, geb. 1936, Staatssekretär im Umweltministerium (Mecklenburg-Vorpommern), EAK-Landesvorsitzender der CDU-Schleswig-Holstein, Schwerin

**Albrecht Martin**, geb. 1927, Staatsminister a.D., ehemaliger Bundesvorsitzender des EAK, beratendes Mitglied im EAK-Bundesvorstand, Bad Kreuznach

**Erich Schneider**, geb. 1933, Landtagspräsident in Baden-Württemberg von 1982-1992, in dieser Zeit auch stellvertretender Landesvorsitzender des EAK-Württemberg, Burgstetten

**Karin Wolff**, geb. 1959, Hessische Kultusministerin, CDU-Landtagsabgeordnete, EAK-Landesvorsitzende der CDU-Hessen, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Mitglied im CDU-Bundesvorstand, Mitglied im EAK-Bundesvorstand, Darmstadt



**Absender** (bitte Druckbuchstaben)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Bitte  
ausreichend  
frankieren

**POSTKARTE**

**An die  
Bundesgeschäftsstelle des  
EAK der CDU/CSU**

Klingelhöferstr. 8

**10785 Berlin**



- Bitte, senden Sie mir ein Probeexemplar der „Evangelischen Verantwortung“ zu.
- Ich bestelle die Zeitschrift des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU „Evangelische Verantwortung“ (10 Ausgaben/Jahr).
- Für eine Mitarbeit vor Ort interessiere ich mich. Bitte, nennen Sie mir den zuständigen Ansprechpartner (EAK-Kreisvorsitzenden).
- Bitte, senden Sie mir weitere Unterlagen zu:
  - allgemein zu Ihrer Arbeit (Satzung, Selbstverständnis, Publikationen)

Sie erreichen uns per email unter: [eak@cdu.de](mailto:eak@cdu.de)  
oder schauen Sie ins Internet: [www.evangelischer-arbeitskreis.de](http://www.evangelischer-arbeitskreis.de)

---

## **Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:**

**Konto:** Postbank Köln, BLZ 370 100 50,  
Konto-Nr. 112 100-500

oder

Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00,  
Konto-Nr. 56 267

---

